

POLITISCHE STUDIEN 502

 Hanns
Seidel
Stiftung

Magazin für Politik und Gesellschaft

73. Jahrgang | März-April 2022 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

UNSER GESUNDHEITSSYSTEM VON MORGEN



/// Im Zeitgespräch: Cem Karakaya und Marc Maisch zu Cyberkriminalität – S. 6

/// André Haller: Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus – S. 50

/// Martin Pabst: Äthiopien – Schlüsselland auf der Kippe – S. 58

www.hss.de



„Die Pflegekräfte brauchen weiterhin unsere vollste **ANERKENNUNG** und Unterstützung.“

DER MENSCH MUSS IMMER IM MITTELPUNKT STEHEN

Sehr verehrte Leserin, sehr verehrter Leser,

nein, es ist kein abgedroschener Spruch, wenn man sagt: „Die Gesundheit ist unser höchstes Gut“. Wir alle wissen nur zu genau, dass dies zutrifft. Und jeder, der schon mal ernsthaft erkrankt ist, wünscht sich nichts sehnlicher als zu gesunden.

Die Corona-Pandemie mit ihren Hundertausenden von Erkrankten und Toten hat uns eindrücklich und mit aller Vehemenz vor Augen geführt, wie gebrechlich und letztendlich machtlos der Mensch ist. Nur mit der Tatkraft und dem unermüdlichen Einsatz unserer Pflege- und Gesundheitskräfte war und ist diese Notlage nationalen und internationalen Ausmaßes zu meistern.

Wir müssen unser Gesundheits- und Pflegesystem weiter voranbringen und Investitionen tätigen, die Fachkräfte in diesen Bereichen brauchen weiterhin unsere Anerkennung und Wertschätzung. Die Bezahlung muss – wie seit Jahren gefordert – entsprechend angeglichen und angehoben werden.

Mein Vater, mittlerweile hochbetagt, wird von einem Pflegedienst in seiner Wohnung zwei Mal täglich betreut. Er hat sich bewusst für ein selbstbestimmtes Leben in seinen eigenen vier Wänden entschieden, braucht hierzu allerdings pflegerische Unterstützung. Und wenn ich sehe, wie engagiert, freundlich und voller Hingabe die Pflegekräfte meinen Vater betreuen, möchte ich nur hoffen, dass dies auch in Zukunft so bleiben kann. Und hierzu bedarf es eines engen Zusammenspiels von politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit ethischer Unterfütterung. Denn immer müssen der Mensch und sein Wohlergehen im Mittelpunkt stehen.

Barbara Fürbeth

Barbara Fürbeth
Redaktionsleiterin des Referats „Publikationen“
der Hanns-Seidel-Stiftung, München.

INHALT

50

06

IM FOKUS

25 UNSER GESUNDHEITSSYSTEM VON MORGEN
Einführung
VERENA HAUSNER

28 ... FÜR DIE GESUNDHEIT UND PFLEGE VON MORGEN
Vorsorge jetzt ...
KLAUS HOLETSCHKE

34 DER WERT „GESUNDHEIT“ IM LICHT DER PANDEMIE-ERFAHRUNGEN
Mit Sicherheit nicht ohne Herz und Seele ...
JOHANNA HABERER

41 DIE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT – EINE INVESTITION IN DIE ZUKUNFT
Wirtschaftsmotor mit Erfolgsfaktor
ROBERT BRUNNER/ RONALD KAISER

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

06 SCHUTZ VOR CYBER-KRIMINALITÄT
Wir werden überall beobachtet und belauscht ...
CEM KARAKAYA/ MARC MAISCH

ANALYSEN

50 WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION UND WISSENSCHAFTSJOURNALISMUS
Ihre Rolle in modernen Gesellschaften und Pandemien
ANDRÉ HALLER

58 ÄTHIOPIEN – SCHLÜSSELLAND AUF DER KIPPE
Reformchampion oder Staatszerfall?
MARTIN PABST

AKTUELLES BUCH

68 TIPPS UND TRICKS FÜR DEN GELUNGENEN SOCIAL-MEDIA-AUFTRITT
Ein Einsteigerbuch für Politiker
MAXIMILIAN TH. L. RÜCKERT

RUBRIKEN

03 EDITORIAL
71 REZENSIONEN
78 ANKÜNDIGUNGEN
82 IMPRESSUM



28



41



Quelle: iStock.com/thomaguary

/// CEM KARAKAYA

ist Experte für Internetkriminalität, Autor und Geschäftsführer von Blackstone432, München, www.blackstone432.de

/// DR. MARC MAISCH

ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für IT-Recht, München, www.datenklau-hilfe.de

/// Wir werden überall beobachtet und belauscht...

SCHUTZ VOR CYBERKRIMINALITÄT

CEM KARAKAYA / MARC MAISCH /// Wir surfen uns durch die Welt, posten mehr oder weniger Privates in den Sozialen Medien, machen Überweisungen nur noch via Online-Banking. Vieles hat sich ins Netz verlagert. Doch wie sicher bewegen wir uns im Internet? Gehen wir zu sorglos um mit unseren Daten im Netz? Der Experte für Internetkriminalität Cem Karakaya entführt uns ins Darknet der Cyberkriminellen und verrät gemeinsam mit Marc Maisch, Rechtsanwalt für IT-Recht und Datenschutz, hilfreiche Tipps, um sicher online zu sein.

Politische Studien: Cyberkriminalist, Cyberagent. Sind Sie ein James Bond des World Wide Web und des Darknets, Herr Karakaya?

Cem Karakaya: (lacht) So könnte man das sagen. Wie James Bond, aber ohne schöne Frauen und schöne Autos. (lacht) Ernsthaft: Unser Grundauftrag ist es, die Menschen zu sensibilisieren und zu informieren, welche Gefahren im Netz lauern. Denn nur derjenige kann sich schützen, der die Gefahr kennt. Doch um gleich die Erwartungen zu dämpfen: Bei der Internetkriminalität hat die Polizei wenig Chancen, da wir kein Tatortprinzip haben. Unser Opfer sitzt in Deutschland, der Server steht in China und der Täter hält sich in Russland auf. Da wird es schwierig für die Polizei. Umso wichtiger ist es, dass wir mittels Vorträgen präventiv schulen und sensibilisieren.

Leider nimmt die Kriminalität im Internet zu. 2020 wurden in Deutschland 61 Prozent der Internetnutzer Opfer von Cyberkriminalität. Das sind sechs von zehn Usern und im Vergleich zum Vorjahr ein beachtlicher Anstieg von 6 Prozent. Woran liegt das?

Das überrascht mich überhaupt nicht. Es überrascht mich eher, dass es so wenig sind. Die Menschen sind viel zu leichtsinnig. Die erste Frage dazu ist: Wie sieht es mit der Sicherheit der eigenen technischen Geräte aus? Sind beispielsweise beim WLAN-Router zu Hause aktuelle Sicherheitsupdates drauf? Wurde das WLAN-Passwort geändert oder gilt noch das, was hinten auf dem Gerät steht? Viele Menschen ändern das nicht, was ein großer Fehler ist. Wie viele Gäste kennen bei Ihnen zu Hause bereits Ihr WLAN-Passwort? Wenn ich bei Ihnen zu Hause Gast wäre und Sie mir Ihr Passwort geben, kann ich von hundert Metern Entfernung, also von außerhalb und je nach Signalstärke, böswillige Aktionen starten, die Sie überhaupt nicht mitbekommen. Die Menschen nehmen sich leider für die Sicherheit ihrer Geräte keine Zeit. So wird es den Kriminellen auch leichtgemacht.

Lassen Sie uns das mehr sortieren. Welche Art von Cyberangriffen gibt es denn überhaupt? Und welche sind die größten Gefahren für Privatleute?

Wenn Sie alle Cyberangriffe zusammenfassen, fangen bis zu 80 Prozent aller Angriffe mit einer sogenannten



Der zweitgrößte Cyberangriff läuft über VERSEUCHTE Internetseiten, die im Hintergrund den Computer infizieren.

Phishing-E-Mail an. Ich bekomme angeblich von meiner Bank eine E-Mail, weil etwas mit meinem Konto nicht stimmt und werde aufgefordert, auf einen bestimmten Link zu klicken. Folge ich der Aufforderung, lande ich auf einer gefälschten Online-Banking-Seite, die wie eine echte aussieht. Gebe ich dort meine Daten ein sind sie „abgefischt“. Dieses Problem haben wir nicht nur im Online-Banking-Bereich, sondern auch bei den sozialen Netzwerken, auf Shopping-Seiten etc. Daher empfehlen wir, unbedingt die Zwei-Faktor-Authentifizierung (ZFA) zu aktivieren. Das bedeutet, dass ich einen bestimmten Code per SMS bekomme. Das wiederum heißt: Selbst, wenn die Täter im Besitz meiner Zugangsdaten sind, haben sie trotzdem nicht die Möglichkeit, sich ohne diesen Code bei mir anzumelden. Die abgefischten Daten sind für die Täter somit nutzlos.

Marc Maisch: Auch im Bereich Online-Banking wird die ZFA benutzt. Ich selbst mache Online-Banking mit einem TAN-Generator. In dem Fall ist mein TAN-Generator der zweite Faktor, weil das Gerät weder mit meinem Computer noch mit meinem Internet eine Verbindung hat. Mein Bildschirm zeigt ein blinkendes Zeichen und mein TAN-Generator muss

das Auslesen. Danach stellt mir der Generator diese zwei Fragen: „Stimmen die Kontonummern überein?“ und „Stimmt der Betrag?“. Wenn ich diese sieben Sekunden Zeit investiere und tatsächlich kontrolliere, ob die Daten übereinstimmen, ist Online-Banking absolut sicher.

Leider haben wir laufend neue Fälle, in denen Betroffene die Kontrolle über ihre Bankkonten aus der Hand geben oder Gelder direkt an Kriminelle überweisen. Bei einer sorgfältigen Überprüfung der Bankdaten hätte man aber leicht feststellen können, dass die Daten nicht übereinstimmen, und den Vorgang abbrechen können. Wenn man diese Betroffenen nun fragen würde, ob Online-Banking sicher ist, würden sie sicher sagen: „Nein, ist es nicht.“ Hier stellt sich nun die Frage: Ist jetzt die Technologie daran schuld oder der Mensch, der sie benutzt (und reingelegt wird)?

Also unbedingt die Zwei-Faktor-Authentifizierung nutzen. Wie schlagen Cyberkriminelle noch zu?

Cem Karakaya: Der zweitgrößte Cyberangriff läuft über verseuchte Internetseiten, die im Hintergrund versuchen, meinen Computer zu infizieren. Meist passiert dies beim Auf-



Die Menschen nehmen sich für die SICHERHEIT ihrer Geräte keine Zeit.

ruf erotischer Seiten, die sehr viele Menschen benutzen ... (lacht) Das betrifft aber auch illegale Streaming-Seiten, auf denen Menschen einen aktuellen Kinofilm oder Serien anschauen, ohne einen Cent dafür zu bezahlen. Hier sind die blinkenden Werbebanner das Problem. Hinter diesen läuft nämlich ein so genanntes Skript, welches im Hintergrund überprüft, ob Sie die richtigen sicheren Maßnahmen getroffen haben. Wenn nicht, ist der Trojaner drauf, ohne dass Sie es mitbekommen.

Man kann diese Werbung doch auch abstellen...

Ja, natürlich. Dann können Sie aber auch keinen Film oder keine Serie mehr anschauen und auf der Seite kann man nur noch Text lesen. Es gibt kein Bild und auch kein Video mehr. Die Lösung dafür wäre, dass man ein aktuelles Anti-Virus-Programm (End Point Security) mit einer Firewall benutzt. Damit kann der Netzwerkverkehr kontrolliert werden. Wenn jemand versucht, mit



Ich würde **NIEMALS** auf einer Seite aktiv werden, wenn die Verbindung nicht verschlüsselt ist.

meinem Computer eine verdächtige Verbindung aufzubauen, warnt mich meine Firewall. Viele solcher Seiten sind bereits bekannt, deshalb raten die Anti-Virus-Programme dann von dem Besuch dieser ab.

Es beginnt schon viel früher. Sie möchten eine Reise im Internet buchen. Aber es gibt sehr viele gefälschte Reisebuchungsseiten dort. Jetzt stellen Sie sich einmal vor: Sie buchen und bezahlen eine Reise. Sie denken, es sei alles reserviert und in Ordnung. Sie kommen dann ins Hotel – und es heißt: Es gibt keine Reservierung unter Ihrem Namen und es ist auch nichts bezahlt worden. Dieser Falle kann ich entgehen, wenn ich ein paar Anzeichen, wie ich zwischen gefälschten und richtigen Internetseiten unterscheiden kann, beachte.

Und wer kann mir bei den korrekten sicheren Einstellungen helfen?

Ich zum Beispiel ... (lacht) Zu diesem Thema halte ich immer wieder Vorträge. Aber es existieren auch im Internet viele gute Seiten, auf denen Informationen rund um sicheres Surfen stehen. Man muss und sollte für seine Sicherheit Zeit und Geld investieren.

Zum einen fangen viele gefälschte Seiten mit „http://...“ an und nicht mit „https://...“. Der Buchstabe „s“ steht für eine sichere und verschlüsselte Verbindung. Ich würde niemals auf einer Seite aktiv werden, wenn die Verbindung nicht verschlüsselt ist. Zum anderen haben viele gefälschte Seiten weder ein Impressum noch eine Datenschutzerklärung. Beides sollte aber auf jeden Fall vorhanden sein. Und ein dritter Hinweis lautet: Wenn ein Smartphone, das normalerweise 1.000 Euro kostet, für 250 Euro angeboten wird, ist dies ein eindeutiges Zeichen dafür, dass ich mich auf einer betrügerischen Seite befinde. Also auch bitte stets mit gesundem Menschenverstand einkaufen.

Warum investieren wir denn nicht in unsere Sicherheit?

Weil wir daran gewöhnt sind, immer alles kostenlos zu erhalten. Wenn ich aber nicht mit Geld bezahle, bezahle ich mit meinen sehr wertvollen persönlichen Daten. Wenn Sie für ein Produkt nichts bezahlen, sind Sie das Produkt.

Es gibt noch andere typische Fallen im Privatleben. Also wenn ich zum Beispiel eine Reise mache ... und im Hotel WLAN nutze.

Im Internet bezahlen wir mit unseren Daten, warnt Cem Karakaya aus seiner jahrelangen Erfahrung mit Kriminalität im Netz heraus.



Zurück zu unserem Urlaubstraum: Wenn alles korrekt war und ich im Hotel sitze ...

... dann wollen Sie das hoteleigene WLAN nutzen. Manche Hotels haben nicht einmal ein Passwort, was sehr gefährlich ist. Wenn sich ein Hacker oder Krimineller ebenfalls in diesem Hotel befindet, könnte er über denselben WLAN-Router direkt in Ihr Gerät hineinschauen. Er sieht alles, was in Ihrem Gerät ist, und was Sie mit Ihrem Smartphone oder Computer machen. Dagegen kann man sich mit so genannten Virtual Private Network (VPN)-Diensten schützen. Ich benutze zum Beispiel eine extra Sicherheits-App, die mein VPN einschaltet. Damit wird die Verbindung verschlüsselt. Somit kann niemand aus demselben Netzwerk auf meine Geräte zugreifen. Generell benutze ich immer meine eigene Internetverbindung. Muss ich dann doch mal auf das hoteleigene WLAN zugreifen, aktiviere ich die VPN-App.

Was haben Sie noch auf Ihrem Handy installiert?

Ich habe zusätzlich das Passwort-Manager-Programm meines Anti-Virus-Programmes installiert, damit ich unterschiedliche Passwörter verwalten kann. Darüber hinaus nutze ich

Fotosafe. Das ist eine App, auf der Fotos gespeichert sind, und auf die andere Apps keinen Zugriff haben. Und ich habe die Family-App. Damit kann ich sehen, was meine Tochter auf ihrem Smartphone macht. Ich habe ihr das gezeigt und erklärt, dass mein Ziel nicht ist, sie zu überwachen, sondern sie zu begleiten. Dies ist mein Auftrag als Vater. Wenn ich feststelle, dass sie in eine falsche Richtung geht, warne ich sie und erkläre, warum diese Richtung falsch ist. Ich habe ihr auch gesagt, dass sie alles sehen kann, was ich mit meinem Smartphone mache. Dann war sie damit einverstanden. Was sie nicht weiß, ist, dass ich ein zweites Smartphone habe. (Beide lachen)

Gehen wir noch einmal zurück. Wenn ich bemerke, dass ich betroffen bin: Wie soll ich mich verhalten?

Sie müssen unbedingt bei der Polizei Anzeige erstatten, auch wenn diese nicht jeden Täter finden kann. Aber der Fall muss bei der Polizei gemeldet werden. Wenn später nämlich ein Identitätsdiebstahl passiert, kann man sagen, dass man damals schon etwas bemerkte, und auf seine Anzeige verweisen. Ich habe somit ein Beweismittel in der Hand, dass ich bereits bei der Polizei war. Selbst wenn



Sie müssen unbedingt bei der Polizei **ANZEIGE** erstatten.



Hauptsache ist, dass man überhaupt ein **ANTI-VIRUS-PROGRAMM** installiert hat.

ein Fall von der Staatsanwaltschaft eingestellt wurde, gibt es ein Aktenzeichen, das beweist, dass ich Anzeige erstattet hatte.

Was kann die Polizei gegen Cyberkriminelle unternehmen?

Die deutsche Polizei führt seit acht bis zehn Jahren ein Cybercrime-Dezernat. Wir haben in München etwa 120 bis 130 Kollegen, die in Sachen Cybercrime ermitteln. Jeder von ihnen erhält am Tag bis zu 30 Fälle. Alle müssen bearbeitet, Vernehmungen durchgeführt, Beweise gesammelt werden, die Staatsanwaltschaft muss alles vorbereiten. Die etwa neun Staatsanwälte bekommen wiederum 700 bis 800 Fälle pro Tag auf den Tisch. Jetzt können Sie sich das Ausmaß vorstellen.

Du meine Güte ...

Genau. Deswegen benötigen wir auch hier gut ausgebildetes Personal, das sich mit der Materie bestens auskennt. In Bayern wurde deshalb das Cypercop-Programm aufgelegt, bei dem Experten aus den Bereichen IT und Wirtschaft zusammengebracht werden.

Das klingt gut. Denn wir wollen es ja den Hackern schwermachen. Wie kann ich das schaffen? Wie kann ich mich wirklich gut schützen?

Das können nur die Menschen selbst schaffen. Ich sage immer: „Der Computer rechnet mit allem, aber nicht mit seinen Benutzern.“ Wenn die Menschen sich Zeit nehmen, Aktualisierungen sofort und nicht später durchführen und für ihre Sicherheit Geld investieren, ist schon viel geholfen. Dazu gehört ein aktuelles und den Bedürfnissen entsprechend eingestelltes Anti-Virus-Programm sowie sich immer im Internet in Sachen Cybersicherheit zu informieren, zum Beispiel beim Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), auf der es eine Seite für Bürger gibt. Das BSI verschickt alle zwei bis drei Wochen einen Newsletter über die aktuellsten Gefahren (<https://www.bsi.bund.de>). Und es gibt noch zwei sehr empfehlenswerte Internetseiten darüber, wie man als Eltern Kindern Medienkompetenz beibringt: [klicksafe.de](https://www.klicksafe.de) oder [schau-hin.info](https://www.schau-hin.info). Das Problem ist nur, dass Kinder eher den Eltern etwas beibringen können als umgekehrt. Eltern können ihre Kinder oftmals nicht begleiten, weil sie sich zu wenig auskennen.



Kann man angesichts der vielen Gefahren überhaupt noch sicher im Internet kommunizieren, fragt sich auch Susanne Hornberger, Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung, im Gespräch mit den Fachleuten.

Das ist leider so. Gibt es ein empfehlenswertes Anti-Virus-Programm?

Welches, ist egal. Hauptsache ist, dass man überhaupt ein Anti-Virus-Programm installiert hat. Die Täter bemerken das Programm sofort und ziehen weiter. Sie wollen ja ein leichtes Opfer. Das ist wie bei einem Einbrecher: Er versucht einzubrechen, was durchschnittlich 12 oder 13 Sekunden dauert. Stellt er fest, dass es nicht funktioniert, weil Maßnahmen dagegen getroffen wurden, kommt das nächste Fenster an die Reihe. Dasselbe gilt übrigens auch für Trojaner, Viren und Co. Sie überprüfen ebenfalls, ob sie schnell ins System hineinkommen. Funktioniert das nicht, machen sie sich auf zum nächs-

ten System. Es sind ja noch Trillionen von Systemen vorhanden.

Sie haben es vorhin schon angedeutet: Passwörter sind extrem wichtig.

Ja, sehr wichtig.

Was beinhaltet ein wirklich sicheres Passwort? Und wie oft muss ich das ändern, um safe zu sein?

Wenn ich ein sicheres System habe und überall unterschiedliche Passwörter benütze, dann muss ich im Grunde genommen auch meine Passwörter nicht ändern. Aber ich empfehle immer die Verwendung von

Passwort-Manager-Programmen. Ich gebe überall dasselbe Passwort ein und das Programm vergibt für mich überall unterschiedliche Passwörter. Und diese werden verschlüsselt auf meinem Container auf der Festplatte gespeichert. Auch diese Passwörter könnte man knacken, aber das dauert bis zu 140 Jahre.

Sollte man kein Passwort-Manager-Programm nutzen, rate ich dringend dazu, unterschiedliche Passwörter zu nutzen. Man kann selbst eine Methode entwickeln, beispielsweise mit einem Hauptwort „Leberkäsesemmel“. Danach nehme ich von jeder Plattform die ersten und die letzten zwei Buchstaben: für Facebook zum Beispiel „Fa“ und „ok“. Mein Passwort für Facebook lautet somit: FaLeberkäsesemmelok.

Jetzt könnte ich noch Buchstaben mit Zahlen ersetzen: „O“ schaut wie eine Null aus, „E“ wie drei, „A“ wie vier, „S“ wie fünf und so weiter. F4L3b3rkä5353mm3l0k wäre das Passwort für mein Facebook-Konto.

Da stellt man sich aber schon die Frage: Ist es überhaupt sicher, im Internet zu kommunizieren?

Natürlich ... wenn ich verschlüsselt kommuniziere. Bei WhatsApp bei-

spielsweise sind die Nachrichten Ende-zu-Ende verschlüsselt. Die Metadaten, also wer hat wann, wem, wohin etwas geschickt, jedoch nicht. Die Alternativen wie Signal oder Telegram verschlüsseln auch die Metadaten. Wir könnten zum Beispiel über Signal verschlüsselt telefonieren, nicht einmal der Staat kann hierbei mithören.

Auch per E-Mail gibt es eine Methode, mit der ich meine Nachricht zum Beispiel an meinen Rechtsanwalt verschlüssele. Nur er kann das dann lesen, weil sich der Schlüssel in seinem Rechner befindet. Wenn ich eine E-Mail unverschlüsselt verschicke, ist das wie bei einer Postkarte, die ich ohne Umschlag versende. Zertifikatsfirmen bieten E-Mail-Verschlüsselung an. Ich nutze PGP – Pretty Good Privacy. Man lädt sich ein Zertifikat herunter, womit ich einen öffentlichen und einen privaten Schlüssel erhalte. Den Privatschlüssel auf meinem Rechner darf niemand kennen. Den öffentlichen Schlüssel lade ich auf deren Server hoch.

Das klingt spannend, aber doch kompliziert. Und immer mehr Menschen wollen alles vereinfacht haben. Deshalb wird auch das SmartHome, also das digitalisierte Heim, immer beliebter. Was sagen Sie dazu in puncto Sicherheit?

„Wenn ich eine E-Mail **UNVERSCHLÜSSELT** verschicke, ist das wie bei einer Postkarte, die ich ohne Umschlag versende.“

Es gibt nie eine hundertprozentige Sicherheit, wenn irgendetwas mit einem Netzwerk internetverbunden ist. Es gibt keine einzige Firma, die im Bereich SmartHome schriftlich absolute Sicherheit anbietet. Fragt sich dann, warum gehen wir dennoch dieses Risiko ein? Man hat zum Beispiel mit Hilfe einer Barbiepuppe ein komplettes Haus unter Kontrolle genommen, weil die Puppe mit dem WLAN-Router verbunden war ...

Die Barbiepuppe?

Ja, die Eltern hatten eine Barbiepuppe gekauft, damit das Kind mit ihr sprechen kann – so wie mit Siri. Jedenfalls sind die Täter über die Barbiepuppe in den WLAN-Router reingekommen, und damit waren sie im Haus und in jedem Gerät.

Das klingt gruselig. Lassen Sie uns einen Blick auf Unternehmen werfen, die immer wieder gehackt werden. Woran liegt das?

Ich kann Ihnen drei Beispiele nennen, die wir in der vergangenen Zeit hatten. Erster Fall: Eine Firma ruft bei uns an und sagt: „Wir haben einen Trojaner. Bitte kommen Sie und säubern Sie das System.“ Unser Team geht hin und

stellt fest: Die Firma hat diesen Trojaner bereits seit 16 Jahren. Von 38 Rechnern sind 37 betroffen. Der Trojaner hat sich gut versteckt. Da die anderen Rechner sich im selben Netzwerk befinden, waren auch sie betroffen – bis auf einen Rechner, der mit dem Netzwerk nicht verbunden war.

Zweiter Fall: Eine Firma ruft an und klagt über Probleme. Unser Team stellt fest, dass die Firma als Betriebssystem noch immer Windows 98 installiert hat. Schon Windows 7 wird heutzutage nicht mehr aktualisiert. Als ich mit dem Chef deswegen telefoniere, erklärt er mir, dass er jedes einzelne Labogerät entsorgen müsste, würde er das Computer-Betriebssystem aktualisieren, da diese nicht mit höheren Betriebssystemen arbeiten können.

Dritter Fall: Der Administrator einer Firma, der entlassen wurde, stellt fest, dass man sein Admin-Passwort nicht geändert hat. Was macht er? Er verbindet sich und benutzt die Leistung der Serveranlage seiner ehemaligen Firma für sein Bitcoin-Mining. Wenn man einen Arbeitnehmer entlässt, sollte man auch so schnell wie möglich dessen Zugangsdaten deaktivieren oder ändern.

Lassen Sie mich raten: Das machen viele Firmen wohl nicht?



Es gibt nie eine hundertprozentige Sicherheit, wenn irgendetwas mit einem Netzwerk **INTERNETVERBUNDEN** ist.



Mit dem **PEN-TEST** kann man die IT-Sicherheit testen.

Genau. Die Gefahr gibt es aber auch im privaten Bereich. Man befindet sich zum Beispiel in einer Beziehung und derjenige, der sich mit IT gut auskennt, richtet alles ein: WLAN-Router, soziale Netzwerke, Smartphones etc. Dann geht die Verbindung in die Brüche. Der „Experte“ kauft sich ein zweites Smartphone, meldet sich mit den Zugangsdaten des anderen an und hat sofort ein Klon-Smartphone des Ex-Partners in der Hand. Ab sofort kann er jede Nachricht lesen, den Gesprächen lauschen, dank der „Mein-Gerät-Suche“ den anderen sofort orten etc. Oder er geht in die E-Mail-Einstellungen und aktiviert die Umleitung zur eigenen E-Mail-Adresse. Ab sofort kann er jede E-Mail filtern ...

Das ist furchtbar ...

... und keine Seltenheit. Ich bekomme sehr viele Hilferufe von Frauen, die sagen, dass ihr Ex-Partner sie gehackt habe. Ich sage ihnen: „Nein, hat er nicht.“ Und frage sie: „Haben Sie nach der Trennung Ihre Zugangsdaten, Passwörter, PIN-Nummern, WLAN-Passwort geändert?“ Das ist meistens nicht der Fall. Man denkt an so etwas meist nicht, wie die Verantwortlichen in Firmen eben auch.

Dazu ein Beispiel: Eine Firma testet ihre IT-Sicherheit mittels PEN-Test.

Das funktioniert so: Üblicherweise schickt ein Krimineller, der vorgibt, für diese Firma zu arbeiten, an die Mitarbeiter eine E-Mail mit der Aufforderung, so schnell wie möglich die Passwörter zu ändern. Gleichzeitig schickt er einen Link mit. Wer diesen anklickt und glaubt, dass er damit sein Passwort ändert, hat eigentlich seine Zugangsdaten bekannt gegeben. Aber beim PEN-Test passiert dies nicht wirklich, sondern die Mitarbeiter bekommen ein Warn-Video angezeigt, in welchem erklärt wird, dass man gerade einen Fehler gemacht hat und für die Zukunft aufpassen soll. Aber nicht alle verstehen diesen Test und die Warnung. Ein Mitarbeiter schickte zum Beispiel diese E-Mail zurück: „Ich würde ja gern mein Passwort ändern, aber es kommt ständig das blöde Video.“ (Kopfschütteln)

Welche Tricks der Cyberkriminellen gibt es noch?

Zum Beispiel Ransomware – Verschlüsselungstrojaner. Dabei werden die Daten verschlüsselt und das Programm, also nicht die Täter, schickt automatisch an eine Firma solch eine E-Mail: „Wir haben Ihre Daten verschlüsselt. Ab jetzt haben sie 48 Stunden Zeit. Entweder Sie bezahlen den Betrag oder Sie können Ihre Daten

vergessen.“ Das Programm zählt automatisch runter, bei Null kann nicht mal der Hacker die Daten retten. Das kann passieren, wenn man einen falschen Anhang öffnet. Die beste Maßnahme dagegen ist ein Backup, also eine Datensicherung, die auf jeden Fall getestet werden muss, ob sie auch funktioniert hat.

Neben der IT-Sicherheit einer Firma ist es aber auch unerlässlich, die Mitarbeiter dafür zu sensibilisieren. Ich kann Millionen Euro in meine IT-Sicherheit investieren, aber das nützt nichts, wenn die Mitarbeiter die Gefahren nicht kennen. Sicherheit ist nur mit einem Team und im Team möglich. Dies gilt auch für den privaten Bereich. Zwischen November 2019 und Februar 2020 wurden beispielsweise Besucher erotischer Seiten mit der E-Mail-Masche erpresst und diese haben den Tätern 500.000 Dollar überwiesen. Die Täter selber mussten fast nichts dafür machen. Das E-Mail-System hat selbstständig gearbeitet, und zwar so klug, dass sich die E-Mails in Deutschland bereits automatisch in deutsche Sprache übersetzt haben.

Das ist ziemlich unfassbar. Aber wie Sie vorhin bereits betont haben, das Problem ist der Mensch.

“

Ich kann Millionen Euro in meine IT-Sicherheit investieren, aber das nützt nichts, wenn die **MITARBEITER** die Gefahren nicht kennen.

Menschen sind oft sehr naiv und gutgläubig. Oder meinen Sie wirklich, dass WhatsApp Milliarden Dollar investiert, nur damit wir untereinander kostenlos Text- und Sprachnachrichten verschicken können? Wir bezahlen mit unseren wertvollen persönlichen Daten. Deshalb tun mir auch die heutigen Kinder und Jugendlichen leid. Sie sind die erste Generation, über die man von Anfang an Daten sammelt. Und sie sind die zukünftigen Entscheidungsträger, Politiker, Staatsanwälte, Anwälte und Richter. Wenn ich bereits heute so viele Daten und Informationen über sie habe, dann habe ich in der Zukunft zwei Waffen gegen sie, nämlich sie zu manipulieren und im schlimmsten Fall zu erpressen.

Man darf nicht vergessen: einmal im Internet, immer im Internet. Es gibt heute zum Beispiel schon sehr viele Firmen, die Bewerbungsunterlagen nicht mal mehr durchlesen. Sie nehmen nur Namen, Anschrift und Geburtsdatum und recherchieren dazu im Netz. Und das spuckt eine Menge Daten aus. Und dann wird entschieden: Stelle ich die Person ein oder nicht?

Stichwort Kinder. Die meisten haben mit zehn Jahren bereits ein Smartphone.



Das World Wide Web ist Segen und Fluch zugleich. Über die Gefahren im Netz und wie man sich davor schützen kann, spricht Susanne Hornberger mit dem Fachanwalt Marc Maisch (m.) und dem Fachmann für Cyberkriminalität, Cem Karakaya (r.).

Ein Smartphone ist für Kinder absolut nicht geeignet. Wenn heute jemand über Kinder- und Jugendschutz spricht, muss ich lachen. Den gibt es doch heute gar nicht mehr. Früher gab es in Videotheken zum Beispiel einen Bereich, der erst ab 18 Jahren zugänglich war. Heute bekommen Kinder das Smartphone ihrer Eltern ausgehändigt und müssen lediglich in der Suchmaschine „Porno“ eingeben.

Da geht es vor allem um Medienkompetenz. Sollte dies nicht endlich ein Schulfach werden?

Jein. Ich sage immer, die Hauptaufgabe liegt bei den Eltern. Die Schule kann nur unterstützen. Die rechtlichen Grenzen kann die Polizei erör-

tern. Wir sind deshalb auch in den Schulen unterwegs und versuchen, die Kinder zu sensibilisieren. Allerdings denken viele Erwachsene, das Internet sei ein rechtsfreier Raum. Mit dieser Einstellung liegen sie aber gänzlich falsch. Jeder Straftatsbestand, den ich im Strafgesetzbuch finde, gilt auch für das Internet. Auch in Nachrichtendiensten wie WhatsApp ist Beleidigung, Erpressung oder Morddrohung ein Straftatsbestand. All das kann angezeigt werden. Auch meine zivilrechtlichen Möglichkeiten wie Unterlassungsforderung, Kontaktverbot oder Platzverweis, was insbesondere in den Schulen wichtig ist, kann ich hier nutzen.

Was ist denn beim Thema Cybermobbing wichtig?



Jeder Straftatsbestand, den ich im Strafgesetzbuch finde, gilt auch für das **INTERNET**.

Hier gibt es durchaus rechtliche Möglichkeiten. Wichtig ist, dass man selbstbewusst ist, für seine Rechte kämpft und zeigt, dass man kein Opfer ist. Dieses Selbstbewusstsein ist äußerst wichtig. Dazu gehört, dass Eltern Kinder dabei unterstützen, eigene Entscheidungen zu treffen. Das Allerwichtigste sind Prävention und Vertrauen sowie eine gute und offene Kommunikation zwischen Eltern und Kindern.

À propos Kommunikation. Fake News und DeepFake greifen in beängstigender Schnelligkeit um sich.

Ja, das ist tatsächlich ein großes Problem. Fake News verbreiten sich so schnell, weil sie aufregend sind. Die Wahrheit ist vielen wohl zu langweilig. Und DeepFake, also Videos mit gefälschtem, also montiertem Inhalt, greift auch immer mehr um sich. Es ist schon gefährlich, wenn beispielsweise die Rede des US-Präsidenten videotechnisch manipuliert wird.

Können Sie als Experte DeepFake entdecken?

Cem Karakaya: Dafür gibt es technische Möglichkeiten und Programme,

die aber in der Regel kein Mensch zu Hause installiert hat.

Marc Maisch: Das Problem ist auch, dass Menschen wirklich glauben, man könne sich auf den Social-Media-Kanälen informieren. Sie vertrauen Facebook und gehen davon aus, dass die Informationen dort redaktionell überprüft werden. Dabei ist dort ganz oft nur der Unsinn zu finden, den andere Leute verbreiten.

Cem Karakaya: Die Hanns-Seidel-Stiftung führt sehr gute Projekte und Seminare zum Thema „Erkennen von Fake News“ durch. In den Schulen beispielsweise sollte auch darüber gesprochen werden, dass auf YouTube etwa 30 Prozent aller Videos gefälscht sind, bei TikTok sind es gar 40 Prozent aller Videos. Kinder können erst ab 16 Jahren medizinisch betrachtet hundertprozentig zwischen Realität und Fake unterscheiden.

Marc Maisch: Wir beobachten ebenfalls, dass immer mehr Menschen die Fähigkeit verlieren zu googeln, also Sachverhalte kritisch zu hinterfragen und zu recherchieren, so zum Beispiel bei der Frage „Ist der Internetshop XYZ ein Fake?“ oder „Welche Erfahrungen gibt es mit XZY?“. Man sollte bei Google den Namen plus

„Abzocke“ eingeben und schon erhält man wichtige Ergebnisse, wie zum Beispiel Posts von Menschen, die mit diesem Internetshop schlechte Erfahrungen gemacht haben.

Cem Karakaya: Für diese Recherche benötigt man nur eine Minute – und das würde absolut helfen.

Marc Maisch: Richtig. Ich habe Mandanten, denen 100.000 Euro vom Online-Bankkonto abgebucht wurden, weil sie auf Betrüger hereingefallen sind. Das beginnt meistens auf Social Media mit einer Fake-Werbung mit einem angeblich prominenten Unterstützer.

Herr Dr. Maisch, Sie sind Datenschutzexperte und haben immer wieder mit Menschen zu tun, denen ihre eigene Identität gestohlen wurde. Wie oft passiert so etwas?

Marc Maisch: Ununterbrochen. Identitätsdiebstahl passiert folgendermaßen: Wenn ich Vorname, Nachname und Geburtsdatum einer Person weiß, kann ich mit dieser Identität im Internet einkaufen gehen. Sie können so überall auf Rechnung etwas bestellen. Die Firma checkt kurz, ob es diese Person gibt, indem sie eine Anfrage

bei der Schufa stellt, was etwa eine Mikrosekunde dauert. Und die Schufa meldet zurück, dass sich in ihrem Datensatz eine Person mit diesem Datensatz befindet und diese Person Bonität hat, also wahrscheinlich bezahlen wird. Das genügt, um auszuliefern. Wird nicht bezahlt, meldet sich die Inkassofirma. Antwortet der Betroffene nicht, folgt ein Mahnbescheid, später ergeht vielleicht sogar ein Haftbefehl oder ein Konto wird gepfändet. Der Sog kann weitergehen: Plötzlich kann er Leasingraten des Autos oder den Hauskredit nicht mehr bezahlen. Das heißt im Umkehrschluss: Ein Opfer von Identitätsdiebstahl muss schnellstens reagieren, es muss sofort zum Anwalt gehen und Strafanzeige erstatten.

Welche Chancen hat der Betroffene?

Identitätsdiebstahl ist strafbar, zum Beispiel in Form von Betrug, Computerbetrug oder Fälschung beweisbarer Daten. Es gibt im deutschen Strafrecht also verschiedene Straftatsbestände, die Datenklau erfassen, aber Identitätsdiebstahl selbst ist keine eigene Straftat, da man Daten nicht stehlen kann. Man kann nur körperliche Sachen, also Dinge, die man anfassen kann, stehlen.



Immer mehr Menschen verlieren die Fähigkeit, **RICHTIG** zu recherchieren.



Quelle: HSS, Monika Zeitler

Wir brauchen andere Gesetze für den IT-Bereich, meint der Rechtsanwalt und Datenschutzexperte Marc Maisch (l.)

Offensichtlich benötigen wir andere Gesetze ...

Auf jeden Fall, ja. Beim größten Identitätsdiebstahl, den ich bearbeite – der Mandant ließ sich von einer WhatsApp-Kommunikation täuschen –, geht es um eine halbe Million Euro, die in Bitcoin abgebucht wurde. Selbst in diesem Fall ist die Polizei nicht in der Lage zu ermitteln. Denn um Bitcoin-Transaktionen nachvollziehen zu können, benötigt man eine spezielle Software, die ungefähr 50.000 Euro im Jahr kostet. Das kann sich nicht jede Polizeidienststelle leisten. Der Erfolg der Ermittlung hängt zudem davon ab, ob das Landeskriminalamt die entsprechenden personellen Kapazitäten hat, denn es muss sich ein Ermittler vor den Computer setzen und jede einzelne Transaktion nach- und zurückverfolgen – das geht nur händ-

disch. Jetzt können Sie sich ausmalen, wie aufwendig so eine Ermittlung ist.

Dann ist der Schutz vor Datenklau umso wichtiger. Wie schützen Sie sich denn da vor?

Ein Punkt ist Datensparsamkeit. Ich nutze privat keine sozialen Medien, nur geschäftlich LinkedIn und Xing. Von mir existieren keine privaten Daten, es gibt kein privates Bild im Internet, außer, mich fotografiert jemand auf einer Party und ich konnte mich nicht schnell genug ducken. Niemand kennt mein Geburtsdatum. Ich bin sehr vorsichtig. In einem Hotel im Ausland muss man eine Reisepasskopie abgeben, dabei ist mir immer unwohl. Es ist ein Riesenproblem, dass sämtliche Daten von Prominenten beispielsweise bei Wikipedia stehen ...

Über das alles macht man sich zu wenig Gedanken.

Es gibt öffentliche Datenbanken wie „Have I Been Pwned“, wo Sie anhand Ihrer E-Mail-Adresse überprüfen können, ob Sie schon Opfer geworden sind oder möglicherweise Opfer werden können, wie viele Data Breach (Datendiebstahl) Sie mit Ihrer Adresse haben. Es geht hier um Datensätze, in denen man E-Mail-Adressen mit Passwörtern und anderen Daten finden kann. Haben Sie dort eine grüne Ampel, ist alles gut. Wenn Sie eine rote Ampel bekommen, schauen Sie mal, ob Sie eine Dropbox haben. Sie wurde 2012 gehackt und dabei sind viele Daten abgeflossen. Mit älteren E-Mail-Adressen hat man bestimmt einen Treffer. Probieren Sie die wohl uralte Adresse Mueller@web.de. Diese nutze ich jetzt immer bei Vorträgen, weil sie 42 Datenschutzvorfälle hat. Da sieht man, was Herr Müller schon alles genutzt hat, vor allem Computerspiele und seine Kombinationen aus E-Mail-Adresse, Passwörtern ...

Das ist grauenhaft, was Sie so alles berichten.

Marc Maisch: Manchmal führe ich Gespräche mit Personen, die von Tä-

tern so bedroht werden, dass sie im Verborgenen bleiben müssen. Handys müssen bei diesen Gesprächen ausgeschaltet sein, weil Instagram immer mithört. Das können Sie nur ändern, wenn Sie in der App das Mikrofon aktiv deaktiviert haben. Instagram gehört zu Facebook und Facebook ist gleich WhatsApp. Das heißt, dass alles dort zusammenläuft. Ich teste das gerne mit Freunden, rede mit ihnen über Snowboard und Skifahren. Auf ihren Geräten blitzt dann plötzlich Snowboard-Werbung auf. Das ist schon krass.

Cem Karakaya: Früher haben wir in der Telefonzelle telefoniert mit geschlossener Tür, damit derjenige, der draußen wartete, nichts von unserem Gespräch mitbekam. Heute haben wir keine Geheimnisse mehr.

Da hat sich viel verändert. Aber lassen Sie uns auf den Punkt bringen, wie ich mich schützen kann.

Marc Maisch: Ein sicheres Passwort mit zwanzig Stellen. Dieses Passwort sollte nur einmal für einen Account verwendet werden, niemals ein Passwort zweimal verwenden. Darüber hinaus ist eine Zwei-Faktor-Authentifizierung von großem Nutzen. Au-

„ Ein Opfer von Identitätsdiebstahl muss schnellstens reagieren und sofort **STRAFANZEIGE** erstatten.

ßerdem sollte man mit Daten sehr sparsam umgehen: kein Geburtsdatum im Internet, außer es lässt sich gar nicht vermeiden. Ein privater Tipp von mir: Wenn man nichts bezahlen muss, kann man seinen Geburtstag um drei Tage verschieben, den Monat ändern etc. Laden Sie außerdem aktuelle Updates immer sofort herunter. Diese Sicherheitslücken werden ansonsten ausgenutzt.

Behalten Sie einen gesunden Menschenverstand und lassen Sie sich von Ihrem Bauchgefühl leiten. Wenn ich zum Beispiel ein aktuelles iPhone 13 im Internet sehe, das statt 1.400 Euro nur 300 Euro kostet, dann könnte das Betrug sein. Gehen Sie auch niemals in Vorkasse, sonst ist das Geld weg, wenn es Betrug war. Und Vorsicht ist geboten bei Video-Ident-Verfahren, also nie seinen Personalausweis in die Kamera halten.

Informationen gibt es bei der Verbraucherzentrale oder beim Bundesamt für Sicherheit in der Informa-

tionstechnik (BSI). Auch heise.de (<https://www.heise.de>) ist eine gute Seite, um sich über aktuelle Angriffe zu informieren. Die Volkshochschulen übrigen bieten auch entsprechende Kurse an – und natürlich die Hanns-Seidel-Stiftung.

Vielen Dank an Sie beide für dieses aufschlussreiche Gespräch und für Ihre Tipps und Ratschläge.

Das Gespräch führte Susanne Hornberger, Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



Im Video: Sicherheitstipps gegen Cyberkriminalität von Cem Karakaya

Weitere Informationen und Hilfe

www.bsi.bund.de/DE/Themen/Verbraucherinnen-und-Verbraucher/verbraucherinnen-und-verbraucher_node.html

(Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik)

www.blm.de/files/pdf1/blm-selbstschutz.pdf

(Selbstdatenschutz)

www.klicksafe.de

(Medienkompetenz für Kinder, Eltern und Lehrkräfte)

www.verbraucherzentrale.de/wissen/digitale-welt

(Rechte im Internet)

www.polizei-beratung.de/startseite-und-aktionen/

(polizeiliche Tipps)

www.schau-hin.info

(Elternratgeber)

/// Einführung

UNSER GESUNDHEITSSYSTEM VON MORGEN

VERENA HAUSNER /// Den Wert von Gesundheit hat nicht zuletzt die Corona-Pandemie wieder sehr deutlich gemacht. Umso wichtiger ist es, unser Gesundheitssystem krisenfest und zukunftsfähig zu machen.

„Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“ Diese Weisheit hat sich durch die Corona-Pandemie wieder bewährt und sehr eindrücklich und einschneidend den Wert von Gesundheit deutlich gemacht. Gesundheit bedeutet nicht allein nur die Abwesenheit von Krankheit und körperliche Unversehrtheit, sondern stellt als Lebensstil auch eine Lebensgrundlage dar. Sie vermittelt uns Wohlbefinden, Aktivität, Life Balance, kurz gesagt: ein schönes und gesundes Leben.

Zunehmend erfasst sie auch als ganzheitliche Orientierung und Trend in Form einer holistischen Betrachtungsweise viele Bereiche wie zum Beispiel den Arbeitsbereich, die Wirtschaft oder auch die philosophische Ebene. Gesundheit wird als Gesamt- und Lebenskonzept be-

trachtet und verfolgt. Gesundheit wird aber auch als Selbstoptimierung und Achtsamkeit begriffen und findet dementsprechend Beachtung und Eingang in Bereichen wie Ernährung, Sport, Arbeitswelt, Lebensstil und anderes mehr.

Grundlegend ist und bleibt Gesundheit unser aller höchstes Gut. Dies nicht nur zu erhalten, sondern auch zukunftsfest aufzustellen sieht der Bayerische Gesundheits- und Pflegeminister Klaus Holetschek als seine Aufgabe an und fo-

Gesundheit ist eine **LEBENSGRUNDLAGE.**



Quelle: iStock.com/RicciFranz

Gesundheit ist sehr wichtig und die Grundlage für ein gutes und glückliches Leben.

kussiert sich in seinem Beitrag dabei auf die Ausgestaltung eines zugleich menschlichen wie effizienten Gesundheitssystems. Der Mensch muss vor der Fallpauschale stehen, aber die marktwirtschaftlichen Aspekte können nicht außer Acht gelassen werden, konstatiert er.

Die Corona-Epidemie hat die Schwachstellen in unserem Gesundheitssystem deutlich gemacht und sie ist noch nicht besiegt. Holetschek sieht darin einen Weckruf und die Chance zu Veränderungen und Verbesserungen im Gesundheits- und Pflegebereich und stellt dazu seine Ideen für ein tragfähiges Gesamtkonzept vor.

In ein zukünftiges Konzept der Gesundheitsvorsorge gehört auch der Wert der Seele, meint Johanna Haberer, die dem Bayerischen Ethikrat angehört. Corona ließ eine ganze Gesellschaft erkranken und der kollektive Gesundheitszustand wurde zum beherrschenden The-

ma. Neben Inzidenzen, Fallzahlen, Hospitalisierungsraten und Statistiken geraten die menschlichen Werte leider in den Hintergrund. Oberstes Ziel war der Erhalt der Gesundheitssysteme und der Schutz der besonders vulnerablen Gruppen.

Nach Haberer litt hierbei die kollektive Gesundheit, denn gesund sein bedeutet eben mehr als nur frei von und geschützt vor Krankheit. Darauf macht sie eindringlich aufmerksam. Es geht eben nicht nur um Sicherheit und Systemrelevanz, sondern auch um den Wert der Seele, den Menschen an sich und in seiner Gesamtheit. Auch dafür braucht die Gesellschaft ein gesundheitsförderndes System.

Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung stellt auch einen ganz großen Teil der Gesundheitswirtschaft dar und diese hat wiederum eine erhebliche Bedeutung für den Standort Deutschland. Die Branche wächst und weist viel

Zukunftspotenzial auf. Ein funktionierender und florierender Gesundheitssektor hat, wie Robert Brunner und Ronald Kaiser in ihrem Beitrag zeigen, einen großen volkswirtschaftlichen Nutzen.

Zum einen gibt es den Leistungsanspruch der Versicherten, zum anderen aber auch Teilbereiche wie zum Beispiel die industrielle Medizinproduktion oder den gesundheitlichen Dienstleistungssektor. In diese zu investieren ist in jedem Falle gewinnbringend. Das Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) fungiert hier wegweisend, auch in Bezug auf die Digitalisierung. Ein modernes Gesundheitswesen kann ohne diese zukünftig nicht mehr auskommen. Sie eröffnet neue Möglichkeiten und Märkte. Ein modernes Gesundheitswesen basiert aber auch auf Daten und daher braucht es dazu in Deutschland baldmöglichst auch ein Gesundheitsdatennutzungsgesetz.

Im Zusammenspiel von Forschung, Medizin und Gesundheitsbetrieben entwickeln sich auch sogenannte Gesundheitscluster, die recht erfolgreich als regionale Wirtschaftsmotoren fungieren. Der deutsche Gesundheitsmarkt hat somit mit der gesundheitlichen Versorgung sowie seinen kommerziell orientierten Sektoren eine erhebliche ökonomische Bedeutung.

Gesundheit ist Bestandteil des alltäglichen Lebens und der Lebensqualität und eine Voraussetzung für die soziale, ökonomische und persönliche Entwicklung. Nahezu all unsere Lebensumstände wirken direkt oder indirekt auf unsere Gesundheit ein: Umwelt, Ernährung, Bewegung, Schlaf, Entspannung, Stress, soziale Kontakte, Gefühle, Arbeit, Sicherheit, Anerkennung, Lebensziele, Hobbies und anderes mehr. Das sind alles Aspekte, die unsere Gesundheit im positiven Sinne fördern und im negativen beeinträchtigen

Gesundheit ist eine VORAUSSETZUNG für die soziale, ökonomische und persönliche Entwicklung und ein Grundrecht.

können. Der Erhalt der Gesundheit sollte jedoch in jedem Fall vor der notwendigen Behandlung von Krankheiten stehen und dazu gehört neben einem gut aufgestellten Gesundheitswesen auch eine gesunde Lebensweise und „wellbeing“.

Gesundheit ist, wie es schon 1948 die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definierte, mehr als nur die Abwesenheit von Krankheit: „Gesundheit ist ein Zustand völligen psychischen, physischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit und Gebrechen. Sich des bestmöglichen Gesundheitszustandes zu erfreuen ist ein Grundrecht jedes Menschen, ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der politischen Überzeugung, der wirtschaftlichen oder sozialen Stellung.“ Die Corona-Pandemie hat uns allen dies wieder sehr deutlich gemacht. ///



/// VERENA HAUSNER

ist Stv. Leiterin des Referats „Publikationen“, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Vorsorge jetzt ...

... FÜR DIE GESUNDHEIT UND PFLEGE VON MORGEN

KLAUS HOLETSCHEK /// Wir haben in den vergangenen Monaten nochmals eine sehr schwierige Zeit im gesamten Verlauf dieser Pandemie durchlebt. Nach vier kräftezehrenden Wellen im vergangenen Jahr hat uns die Wucht der fünften Welle mit der Omikron-Variante hart getroffen. Eine besonders ansteckende Form des Virus, die sich schneller als alle bisher bekannten Mutanten überträgt, trifft auf eine nicht in ausreichendem Maß geimpfte Bevölkerung – diese Mischung macht in der Rückschau deutlich, warum wir die zuletzt beschlossenen Erleichterungen erst recht spät ankündigen und umsetzen konnten.

Mit der Impfpflicht Corona besiegen

Freilich hätte man mit einer allgemeinen Impfpflicht schon im vergangenen Jahr eine deutlich höhere Impfquote erreichen können. Aber wir waren uns vor einem Jahr weitestgehend einig, dass wir auf Freiwilligkeit und die Vernunft der Menschen setzen statt auf staatlichen Zwang. Dazu stehe ich. Hinterher ist man immer klüger. Tatsache ist aber auch: Viele haben im Sommer die Ge-

fahr unterschätzt und waren zu zurückhaltend bei der Immunisierung. Das ist menschlich und nachvollziehbar, hat uns die Pandemie doch bis dahin schon viel Kraft gekostet. Der darauffolgende Herbst und Winter mit den Wellen vier und fünf haben uns dann schmerzlich vor Augen geführt, dass Impfangebote allein nicht ausreichen, um diese Pandemie endgültig zu überwinden. Und das allein muss unser Ziel bleiben, wollen



Alle Menschen, die im Bereich Pflege und Gesundheit tätig sind, sind Alltagshelden. Das muss die Gesellschaft auch entsprechend würdigen.

wir nicht von der einen Welle in die nächste schlittern und uns von Lockdown zu Lockdown hangeln.

Ich bin daher nach wie vor fest davon überzeugt: Wir brauchen – gerade mit Blick auf den kommenden Herbst und Winter – die allgemeine Impfpflicht, um dieser Pandemie eines Tages ein Ende zu setzen. Wenn wir uns bei unseren euro-

päischen Nachbarn umschauen, dann sehen wir: Wir sind keineswegs allein mit dieser Auffassung. Und das ist gut so. Denn das Coronavirus kennt keine Schlagbäume. In einem grenzenlosen Europa und noch viel mehr in einer globalisierten Welt können wir nur gemeinsam Erfolg im Kampf gegen Corona haben. Je mehr Maßnahmen grenzübergreifend wirken, desto besser.

Gesundheit, unser höchstes Gut

Wir haben in Deutschland und insbesondere im Freistaat in den vergangenen Monaten wichtige und richtige Sofortmaßnahmen ergriffen, um die Infektionswellen zu brechen. Als Bayerischer Gesundheits- und Pflegeminister schaue ich aber über die unmittelbar notweni-

Zur **ÜBERWINDUNG** der Corona-Pandemie bedarf es einer **allgemeinen Impfpflicht.**

gen Maßnahmen hinaus. Das heißt für mich, dass wir unser Gesundheitssystem in Bayern und Deutschland zukunftsfest machen müssen. Zukunftsfest bedeutet: Wir dürfen nie mehr in eine vergleichbare Situation wie zuletzt kommen. Das zu gewährleisten, ist eine Mammutaufgabe. Das wird nur klappen, wenn alle, wirklich alle Beteiligten zusammenwirken.

Wir müssen vor allem gemeinsam definieren, was uns unsere Gesundheit wert ist. Mit Allgemeinplätzen wie „Die Gesundheit ist unser höchstes Gut“ gebe ich mich jedenfalls nicht mehr zufrieden. Wenn dem so ist – und ich unterschreibe das zu 100 Prozent – dann muss daraus auch etwas folgen.

- Erstens das Eingeständnis, dass Qualität ihren Preis hat. Gute medizinische Versorgung für die Menschen in unserem Land kostet Geld, viel Geld. Darüber müssen wir uns als Gesellschaft klarwerden.
- Zweitens müssen wir unser Gesundheitssystem wieder mehr von den Bedürfnissen des Menschen her denken, und zwar von allen Beteiligten. Im Mittelpunkt unseres Handelns steht der Mensch und nicht die Fallpauschale. Freilich müssen Leistungen irgendwie bezahlt werden. Wirtschaftlichkeit ist das Grundprinzip, auf dem alles aufbaut – auch im Gesundheitswesen. Denn Ressourcen sind nun einmal endlich. Aber marktwirtschaftliche Aspekte dürfen nie allein maßgeblich sein.

Wenn wir uns als Gesellschaft auf diese beiden Punkte wirklich einigen, dann können wir diese Pandemie als Chance begreifen. Ich bin mir bewusst, dass das nach allem, was die Bürger durchgemacht haben, zynisch klingen könnte.

Wir brauchen zukünftig ein **ZUGLEICH** menschliches und effizientes Gesundheitssystem.

Aber wann, wenn nicht jetzt, können wir die Leitplanken setzen für ein zugleich menschliches und effizientes System? Genau das ist die riesige Herausforderung für die Politik. Das ist die Herausforderung, die mich antreibt und der ich mich stelle.

Pflege Pflegekräfte

Mich freut besonders, dass die Gesundheitsministerkonferenz nach einem Jahr unter bayerischem Vorsitz ein zentrales Gremium im Kampf gegen die Pandemie geworden ist. Dabei ist deutlich geworden, dass wir uns noch besser aufstellen müssen, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Das heißt, wir müssen jetzt die richtigen Lehren aus der Pandemie ziehen. Der Freistaat hat sich deshalb mit anderen Ländern auf einen 10-Punkte-Plan geeinigt.*

So müssen wir unsere Krankenhäuser personell und finanziell besser ausstatten und den Öffentlichen Gesundheitsdienst für zukünftige Herausforderungen besser wappnen. Bayern ist hier auf einem guten Weg: Wir haben allein vergangenes Jahr über 400 neue Stellen für den Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) geschaffen und besetzt. Außerdem will ich die Digitalisierung gerade in der Therapie und Pflege weiter entschlossen vorantreiben. Das Potenzial auf diesem Gebiet ist immer noch riesig.

Und wir müssen endlich echte Fortschritte beim Bürokratieabbau machen. Ein wichtiger Schritt wäre es, die Dokumentations- und Nachweispflichten für das Krankenhauspersonal auf das zwingend Notwendige zu beschränken.

Das sind nur einige wenige Beispiele, die keinen Zweifel lassen: Betroffen ist unser gesamtes Gesundheitssystem. Aber die Coronakrise wirft ein besonderes Schlaglicht auf die Pflege. Egal ob in der Langzeitpflege oder auf den Intensivstationen: Unsere Pflegekräfte waren und sind immer noch durch Corona gefordert wie nie zuvor. Nur ein Beispiel: Wenn wir in bayerischen Krankenhäusern trotz aller Anstrengungen gegenwärtig weniger betreibbare Intensivbetten zur Verfügung haben als vor einem Jahr, dann ist das ein deutliches Signal und für mich eine klare Handlungsaufforderung. Denn es mangelt nicht an Betten selbst, sondern an Pflegekräften. Ich sage das bewusst in aller Deutlichkeit und meine es genau so: Wenn wir nicht schnellstens umsteuern, dann droht eine humanitäre Katastrophe.

Ich jedenfalls will wissen, warum die Leute aus diesem so wichtigen und erfüllenden Beruf weglauen oder sich erst gar nicht dafür interessieren. Deshalb frage ich bei jeder Gelegenheit die Betroffenen vor Ort selbst: Was würden Sie tun, wenn Sie einen Tag lang Gesundheitsminister wären? Wie kann man Menschen motivieren, in die Pflege zu gehen? Immer wieder ist der Tenor der Antworten derselbe: Eine gerechte Bezahlung ist wichtig. Aber noch wichtiger sind gute Rahmenbedingungen. Wie oft höre ich, dass es nahezu unmöglich ist, Familie und Berufsleben unter einen Hut zu bringen. Die fehlende Planbarkeit ist ein riesiges Problem für unsere Pflegekräfte. Hier sind Initiati-

ven der Arbeitgeber und Einrichtungen gefragt. Ob einrichtungseigene Sprüngerdienste, Wechselschichtzulage oder verlässliche Dienstpläne – das alles wären wirksame Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel in der Pflege.

Vor allem aber könnten wir den Pflegekräften damit Anerkennung und Respekt für ihre großartige Leistung entgegenbringen. Ohne sie würde unser Land viel von seinem menschlichen Antlitz verlieren. Wir alle können hier viel tun. Und das tun wir in Bayern auch gerne. Andererseits ist aber auch der Bund in der Pflicht. Die Ampelkoalition muss jetzt Farbe bekennen. Reden allein hilft nicht. Bislang ist nicht viel passiert in Berlin. Die Bundesregierung muss noch viel deutlicher klarstellen, welchen Stellenwert die Pflege für sie hat.

Wir haben in Bayern dazu ganz konkret verschiedene Vorschläge gemacht: Beispielweise brauchen wir ein steuerfinanziertes Pflegegeld. Und wir müssen dafür sorgen, dass die Bürger Pflegeleistungen leichter von der Steuer absetzen können. All das kann und muss der Bund vorantreiben. Schließlich muss die Gehaltslücke zwischen Krankenhaus und Langzeitpflege von mehreren Hundert Euro kleiner werden. Hier sind allen voran die Tarifparteien gefordert.

Ich bin zutiefst überzeugt: Wir müssen unsere Pflegekräfte angemessen vergüten und dafür sorgen, dass sie ihre

Der **PFLGEBEREICH** muss mit guter Entlohnung und angemessenen Arbeitsbedingungen attraktiv werden.

Arbeit unter guten Bedingungen machen können. Nur dann werden wir auch morgen und übermorgen genügend junge Menschen für diesen Beruf begeistern können. Denn Pflege ist nicht einfach irgendein Job. Die Pfleger, mit denen ich gesprochen habe, brennen für ihren Beruf. Aber sie dürfen nicht ausbrennen. Ich will diese Menschen würdigen anstatt sie zu verheizen.

Angehörige

Ein Thema brennt mir ganz besonders auf den Nägeln: unsere pflegenden Angehörigen. Was diese Menschen jeden Tag leisten, verdient unser aller höchster Respekt. Denn Tatsache ist: Über drei Viertel aller Pflegebedürftigen werden daheim betreut. Das ist auch gut nachvollziehbar. Wir wollen doch alle so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben. Und weil wir immer älter werden, steigt auch die Wahrscheinlichkeit, eines Tages pflegebedürftig zu werden oder an Demenz zu erkranken. Bis 2050 rechnen wir im Freistaat mit einem Anstieg pflegebedürftiger Menschen von derzeit 500.000 auf bis zu eine Million.

Ganz klar ist: Ohne Angehörige wäre die pflegerische Versorgung all dieser Menschen, zu denen auch viele von uns einmal gehören werden, insgesamt nicht möglich. Ich sage deshalb auch gerne, dass die Angehörigen der größte Pflegedienst in unserem Land sind. Damit ich nicht missverstanden werde: Ich meine das nicht in Konkurrenz zu unseren professionellen, bestens ausgebildeten Pflegekräften in Krankenhäusern, Pflege- und Altenheimen. Ich meine das als Anerkennung und Würdigung des unglaublichen Engagements, das viele von uns für ihre Liebsten tagtäglich zeigen. Deshalb bin ich fest entschlossen,

diese Menschen viel mehr als bisher zu unterstützen. So kann ich mir ein Pflegezeitgeld für Angehörige gut vorstellen.

Auch hier gilt: Die Zuständigkeit und damit die Verantwortung liegt in weiten Teilen beim Bund. Wir brauchen in jedem Fall eine echte Finanz- und Strukturreform der Pflegeversicherung. Aber vermutlich reicht das nicht aus. Deshalb bin ich überzeugt, dass wir eine Revolution in der Pflege brauchen. Auch das meine ich sprichwörtlich so: Mit Denkverboten kommen wir nicht weiter. Stattdessen werden wir einiges über den Haufen werfen müssen.

Gesamtkonzept

Wir brauchen also ein tragfähiges Gesamtkonzept für eine zukunftsfeste und generationengerechte Struktur- und Finanzierungsreform der Pflegeversicherung. Diese hat drei klare Ziele: Vereinfachen, Flexibilisieren und Entlasten.

Eine generationengerechte Struktur- und Finanzierungsreform bildet die Grundlage für ein ZUKUNFTSFÄHIGES Gesamtkonzept.

Ich habe dazu einen Entwurf mit fünf Eckpunkten vorgelegt, den ich hier kurz vorstellen möchte:

- Wir müssen im Leistungsrecht die Sektorengrenzen zwischen ambulanter und stationärer Behandlung aufheben und drei Budgets schaffen: eines für qualitätsgesicherte Sachleistungen, ein zweites für Kostenerstat-

tungen und schließlich ein Budget zur freien Verwendung. Letzterem entspricht das heutige Pflegegeld. Mir ist bei all dem wichtig, dass die Kosten für die medizinische Behandlungspflege auch bei vollstationärer Versorgung komplett übernommen werden.

- Wir brauchen eine echte Entlastung bei überdurchschnittlich langen Pflegeverläufen. Diese sind erfahrungsgemäß besonders belastend. Hier muss auch eine vollständige Übernahme pflegebedingter Kosten möglich sein.
- Eine verbindliche Dynamisierung der Leistungsbeträge ist unabdingbar – und zwar jedes Jahr.
- Wir brauchen einen steuerfinanzierten Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen.
- Wir dürfen die Ausbildungskosten in der Langzeitpflege nicht auf die Pflegebedürftigen umlegen. Das wäre vollkommen kontraproduktiv.

Mir geht es bei all diesen Maßnahmen vor allem um eines: Der Pflegeberuf muss attraktiv sein. Dazu gehören attraktive Arbeitsbedingungen. Ich möchte es schaffen, dass junge Menschen sich ganz bewusst und mit Begeisterung für diesen so wichtigen Beruf entscheiden.

Ausblick

Corona hat uns viele Opfer und unendlich viel Kraft gekostet. Corona geht uns im wahrsten Sinne des Wortes auf die Nerven. Und noch haben wir den Kampf nicht gewonnen. Aber wir werden ihn gewinnen.

Wenn diese Pandemie zu irgendetwas gut ist, dann dafür: Sie hat uns die Augen geöffnet, was uns unsere Gesundheit, ja unser Leben, letztendlich wert sind. Sie hat schonungslos den Finger in die wunden Stellen unseres Gesund-

Corona hat die SCHWACHSTELLEN unseres Gesundheitssystems deutlich gemacht.

heitssystems gelegt. Und beim Thema Pflege sind wir nach meiner Überzeugung am verwundbarsten. Hier herrscht der größte und dringlichste Handlungsbedarf.

Ich kann den Bürgern in Bayern jedenfalls versichern: Der Freistaat wird gerne seinen Beitrag leisten, damit Gesundheit und Pflege auch in Zukunft oberste Priorität für die Menschen in unserem Land haben. ///



Quelle: Andi Frank

/// KLAUS HOLETSCHEK, MDL
ist Bayerischer Staatsminister für Gesundheit und Pflege, München.

Anmerkung

* Siehe dazu: Beschlüsse-Gesundheitsministerkonferenz (GMK), gmkonline.de

/// Mit Sicherheit nicht ohne Herz und Seele ...

DER WERT „GESUNDHEIT“ IM LICHT DER PANDEMIEERFAHRUNGEN

JOHANNA HABERER /// Wir sollten aus der Pandemie die Lehre ziehen, dass der Wert der Gesundheit mehr Dimensionen umfasst, als nur die Freiheit von Viren und die Aufrechterhaltung der „kritischen Infrastrukturen“. Die Menschen, die die Seele des anderen ansprechen, gehören in ein künftiges Konzept der Gesundheitsvorsorge integriert.

Eine ganze Gesellschaft erkrankt

Die Bürger dieses Landes waren in den vergangenen zwei Jahren zum ersten Mal in der Nachkriegszeit mit einer Pandemie konfrontiert. Schockartig wurde jedem deutlich, dass Gesundheit kein

individueller Status ist, der normiert wäre von persönlichen Daten, wie sie die Apple-Uhr sammelt, wie zum Beispiel Blutdruck, Herzschlag, Laufgeschwindigkeit, allgemeine Fitness, sondern, dass Gesundheit die Beschreibung eines Zustandes ist, der eine ganze Gesellschaft betrifft. Von der Pandemie waren alle Individuen betroffen und jeder musste sich gemäß den politischen Entscheidungen verhalten, die die Schwächsten der Gesellschaft vor einer Covid 19 Erkrankung schützen sollten: Abstandsgebote, Mundschutzgebote, Impfappelle, Testanforderungen, usw.

Mit der Corona-Pandemie wurde die ganze **GESELLSCHAFT** konfrontiert.



Sicherheit ist wichtig, aber man darf die Seele dabei nicht vergessen. Einsamkeit schadet der Gesundheit.

Die kollektive Gesundheit wurde zum alles beherrschenden, täglich aktuellen Thema. Wie die Wettervorhersage und die Börsenwerte, so wurden die Ansteckungsinzidenzen in den Kommunen, Bezirken, Landkreisen, Regionen und Bundesländern veröffentlicht. Und entsprechend dieser Inzidenzen wurden die Schutzmaßnahmen insbesondere für die „vulnerable“ Bevölkerungsschicht angepasst. Der Wert Gesundheit wurde in der ersten Zeit der Pandemie vor allem unter Sicherheits- und Schutzperspektiven verhandelt. Der oberste Wert also war zunächst nicht die Gesundheit aller, sondern die Erhaltung der Gesundheitssysteme und die körperliche Unversehrtheit insbesondere gefährdeter Bevölkerungsgruppen.

Die Beurteilungskriterien für die politisch gebotenen und empfohlenen Maßnahmen waren für alle Bürger transparent: die Kapazitäten der Krankenhäuser und ihrer Intensivbetten sowie der Schutz der alten und vorerkrankten Personengruppen.

Das aus dem Lateinischen stammende Wort „vulnerabel“ wurde ein Teil der deutschen Sprache in der politischen Öffentlichkeit und die Bürger konnten wahrnehmen und begreifen, dass ihr ganz persönliches Verhalten direkte Auswirkungen auf den Gesundheitszustand der unmittelbaren Umgebung haben konnte: am Arbeitsplatz, im Freundeskreis und in der Familie. Ja, dass ein gut gemeinter Besuch bei der vorerkrankten Großmutter, deren Tod initiieren konnte.

Man hätte statt „vulnerabel“ auch „verletzlich“ sagen können oder „verwundbar“. Aber das Wörtchen vulnerabel, das die Menschen beschreibt, deren Gesundheitszustand von der Norm abweicht beziehungsweise unterhalb der

Die kollektive Gesundheit wurde zum alles **BEHERRSCHENDEN** Thema.

Norm liegt, scheint einen gewissen intellektuellen Abstand zu der Vorstellung zu garantieren, dass mein ungeschützter Körper nur durch seine Anwesenheit einen anderen tödlich verwunden könnte oder tödlich verwundet werden könnte.

Man lernte, in sich hineinzuhorchen, jeden kleinen Husten oder jede Schnupfenanwandlung mit einem sofortigen Test zu beantworten und man lernte, dass vieles, was das seelische Wohlbefinden fördert wie beispielsweise Einladungen, Feste, ein gemeinsames Konzert, eine Umarmung, Nähe oder Zärtlichkeit eine tödliche Übertragung der Krankheitserreger in Gang setzen könnte.

Was macht Gesundheit aus?

Doch mit dem Andauern der pandemischen Lage wurde vielen Menschen über die Wochen und Monate mit stets wechselnden und bisweilen verwirrenden Vorschriften immer klarer, dass es einen Unterschied gibt zwischen den Statistiken der Inzidenzwerte beziehungsweise der Krankenhausbelegung, die Auskunft geben sollten über den kollektiven Gesundheitszustand und dem, was die Menschen tatsächlich als „gesund“ begreifen.

Denn „gesund sein“ – das wurde über die Dauer der Pandemie klar – heißt viel mehr als die Abwesenheit von Viren und positiven Testergebnissen. Es mag sein, dass die stürmische Reak-

tanzbewegung, die sich mit den Monaten unter der Bevölkerung ausbreitete und sich in Massendemonstrationen ein Ventil bahnte, mit der unterschiedlichen Wahrnehmung dessen zusammenhängt, was „Gesundheit“ bedeuten kann. Denn das, was Menschen als „gesund“ empfinden, geht weit über die messbaren Daten der Fieberkurve oder der Virenlast hinaus.

Entsprechend definiert die Weltgesundheitsorganisation (WHO) „Gesundheit“ viel weiter als in lediglich naturwissenschaftlicher Perspektive. Die WHO hat bereits vor zehn Jahren eine Definition von Gesundheit veröffentlicht, die die enggeführten Vorstellungen von Medizinern und Virologen relativiert. In der Satzung der WHO kann man Gesundheit bestimmt sehen als einen „Zustand vollständigen körperlichen, seelischen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur das Freisein von Krankheit oder Gebrechen.“*

Gesundheit wird also hier viel weiter gefasst, als wir das in den vergangenen Jahren in der medialen Öffentlichkeit und in der Durchführung politischer Vorschriften diskutiert haben. Gesundheit bedeutet „Wohlbefinden“ (well-being) und meint, dass ein Mensch dann gesund ist, wenn er sich in seinem Leben und in seiner Haut gut fühlt, wenn er Lebenschancen hat, wenn er sich bilden und verwirklichen kann, wenn er sein Leben genießen kann und in den sozialen Räumen lebt, in denen er sich aufgehoben und geborgen fühlt.

„Gesundheit“ bezeichnet also viel mehr als eine Ansammlung erfreulicher Daten beim großen Blutbild, auf der Waage oder beim EKG eines einzelnen Menschen, sondern meint ein Wohlbefinden des geheimnisvoll vernetzten Organismus, der sich Gesellschaft nennt;

meint die Abwesenheit von Armut und Ungerechtigkeit und meint die Zugangschancen aller, um an den kulturellen, bildenden, unterhaltenden, sportlichen und spirituellen Aktivitäten, die in den einzelnen örtlichen Gemeinschaften angeboten werden teilzuhaben. Und eben auch die Beteiligung an religiösen Feiern und Festen wie Gottesdiensten, Beerdigungen, Taufen, Hochzeiten und Kommunionen und Konfirmationen oder entsprechenden religiösen Feiern anderer Religionsgemeinschaften gehört in das weltoffizielle Spektrum der Gesundheit.

Der Begriff Gesundheit umfasst **WOHLBEFINDEN** und **gesellschaftliche Teilhabe**.

In der jüdische-christlichen Tradition könnte man diesen weit gefassten Gesundheitsbegriff mit dem alten Begriff „Shalom“ wiedergeben, jene Vorstellung von einem Frieden, der in der sich stets ausgleichenden Balance aller Strömungen in der Gruppe, Gemeinschaft und Gesellschaft besteht. Gesundheit wäre so gesehen der Zustand friedlichen und erfüllten Zusammenlebens von Vielen.

In der deutschen Sprache kommt dem wohl der Begriff „Heil“ am nächsten. Er beschreibt einen geheilten und heilen Zustand, ein Ideal, das den Menschen als Einzelnen und als Gemeinschaft ganzheitlich wahrnimmt. Leider ist der Begriff des „Heils“ im sogenannten Dritten Reich politisch kon-

taminiert worden und auch religiöse Fundamentalisten, die das Heil der Menschen erst im Jenseits ansiedeln, haben das ihre dazu getan, dieses schöne Wort für einen heilen Gesamtzustand suspekt werden zu lassen.

Die Glücksforschung versucht heute, objektive Kriterien und Parameter zu finden, wie man das gemeinschaftliche Erleben der Menschen in ihrer Mitwelt objektivieren könnte. Wobei das Wort „Glück“ die gänzlich säkulare Variante dessen beschreibt, was in alten Worten ein heiles Gemeinwesen meinte. Allerdings hat an das Glück der Menschen in den beiden letzten Jahren wohl kaum einer gedacht, sondern nur an die Sicherheit und die Funktionsfähigkeit der Systeme.

Neue Worte

Wir haben in dieser zurückliegenden unglücklichen Zeit eine Menge neuer Worte lernen müssen, auf die wir lieber verzichtet hätten, die uns aber auch manche Einsicht vermittelt haben. Was erzählt uns beispielsweise das Wort „Herdenimmunität“ über Gesundheit und Glück? Es meint den Moment, in dem eine Virenkrankheit eine so große Gruppe von Menschen infiziert hat, so dass ein großer Teil der Gesamtbevölkerung geimpft, infiziert oder erkrankt war und sich Immunkräfte in den Körpern der Menschen aufbauen konnten.

Herdenimmunität: Dieser, der Zoologie entlehnte Begriff erinnert uns Menschen, die wir dabei sind, uns in den Hyperspace hinein zu entwickeln, die wir träumen, eines Tages körperlos zu werden und als Avatare durch den digitalen Raum zu reisen, daran, dass wir untrennbar mit dieser kohlenstoffbasierten, durchbluteten Hülle verbunden sind, die wir Körper nennen. Und

Zur Gesundheit gehört das Bewusstsein der eigenen **LEIBHAFTIGKEIT**.

dass wir diese erdverbundene Existenz mit den Tieren teilen. Ja, dass wir diesen Planeten gemeinsam mit anderen Lebewesen bewohnen, die uns artverwandt sind und mit denen wir diesen begrenzten Lebensraum möglichst friedlich teilen sollten. Wir nehmen im wahrsten Sinne des Wortes Anteil an ihren Leiden und ihren Krankheiten, wie auch unser Wohlbefinden auf lange Sicht von deren Wohlbefinden abhängt. Wir konnten also lernen, dass es zu einem erweiterten Begriff von Gesundheit gehört, sich unserer Leibhaftigkeit bewusst zu werden und unserer unauflösbaren Vernetzung mit den anderen Lebewesen.

„Wellbeing“ wird es auf die Dauer nur geben, wenn wir unser mörderisches Verhalten gegenüber unseren Artverwandten aufgeben. Gesundheit in dem umfassenden Sinne der WHO gedacht erfordert also von uns Menschen, den Einzelnen und der Gesellschaft eine Einsicht in die Begrenztheit der eigenen Existenz, eine Neuentdeckung der Wunder des menschlichen Organismus und eine gewisse Demut, die uns lehrt, uns in die natürlichen Kreisläufe einer gesundenden Schöpfung neu einzuordnen.

Ein weiteres Wort, das uns die Pandemie rund um den Wert „Gesundheit“ gelehrt hat, ist das Wort „systemrelevant“. Personengruppen rund um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ord-

nung und der Lebenserhaltung der Bürger, seien es Polizisten oder Müllwerker, Busfahrer, Supermarktverkäufer, Ärzte, Pfleger, Lehrer oder Ingenieure bei der städtischen Infrastruktur, wurden mit diesem Etikett ausgestattet. Dies erzeugt mit Recht ein Nachdenken bei all den Menschen, die nicht in die Abteilung „sicher, satt und sauber“ in der Gesellschaft fallen. All diejenigen, die nicht mit den äußeren Versorgungsnotwendigkeiten von Menschen befasst sind, sondern andere unterhalten, sie trösten, die ihnen seelische und geistige Nahrung geben, waren bei den politischen Überlegungen nur als Kostgänger des Staates im Blick, die der finanziellen Unterstützung bedürfen, weil sie Einnahmeausfälle hatten.

Und man hat den Kirchen, die im Übrigen große Anstrengungen gemacht haben, um ihre Gemeindeglieder nicht vereinsamen zu lassen, zu Recht vorgeworfen, dass sie das Amt des Seelsorgers in Krankenhäusern und Seniorenheimen im Gegenüber zu den politischen Entscheidungsträgern nicht stark genug ausgeübt haben, als es um die lebenswichtige Frage, wer auf den Stationen und in den Appartements, in denen Menschen einsam sterben, am Ende wirklich systemrelevant sei, ging.

Eine neue Sichtweise

Die Sorge um die Seelen der Menschen und die Achtung vor denen, die sich um die Seelen kümmern, seien es Pfarrer, Psychologen, Erzieher oder auch Künstler hat im ersten Jahr der Pandemie beinahe keine Rolle gespielt. Das spiegelt eine zunehmend materialistisch-naturwissenschaftliche Weltsicht, die in Kauf nimmt, dass Menschen beileibe nicht am Virus, sondern schlicht an Einsamkeit sterben. Es ist nicht selten vorge-

kommen, dass sich eine Großmutter, die über Monate ihre Enkel nicht sehen durfte, ohne Aussicht auf Änderung dieses Zustands, still zum Sterben gelegt hat.

Die Pandemie hat also eine Schiefelage oder besser eine Engführung unserer Wahrnehmungen auf das Thema Gesundheit offenbart, die uns gesellschaftlich womöglich noch länger begleiten wird. Denn wo Menschen in ihren Bedürfnissen nur materiell wahrgenommen werden, entsteht Traurigkeit und Depression, im schlechtesten Fall gar Wut und Zorn.

In der Pandemie wurde die Wahrnehmung der **SEELE** vernachlässigt.

Natürlich kann man die Dilemmata nachvollziehen, in denen die politischen Entscheidungsträger standen und stehen. Natürlich ist auch nachvollziehbar, dass man zunächst die gesellschaftlichen Systeme und ihren Erhalt in den Blick genommen hat. Natürlich muss man nachvollziehen, dass der Appell, sich impfen zu lassen, für alle der einzig gangbare Weg zu mehr Freizügigkeit ist. Ein Weg, der die gemeinsame Verantwortung aller herausgefordert hat.

Aber wie hätte eine Kulturpolitik ausgesehen, die die Kulturschaffenden nicht als Kostgänger des Staates behandelt hätte, sondern proaktiv auf die Ideen dieser Menschen, das Wohlbefinden der Bürger zu erhöhen, gesetzt hätte? Wie kann man einsame Menschen er-

heitern, wie Begegnungen neu und anders gestalten? Vieles, von dem man bis dato nicht zu träumen wagte, ist in der digitalen Welt entstanden. Auch die Medien haben in ihren Programmen und Mediatheken das Trostbedürfnis der Menschen aufgenommen. Fernsehgottesdienste waren so beliebt wie niemals zuvor.

Die Politik allerdings hat den engen Blick behalten. Sie hat wie so oft die Karte der Sicherheit gespielt und in Kauf

Die Sicherheit soll und darf in einer Gesellschaft NICHT über allem stehen.

genommen, dass Ressourcen des Trostes und der Freude millionenfach brachlagen. Im Rahmen aller zulässigen Regularien hätte man die Selbstbestimmung der Menschen erfragen und abfragen können, hätte auf die Phantasie der Liebe setzen können und fragen, wie kann man Menschen erreichen, wie sie berühren? Viele Künstler haben unglaubliche Beispiele für diese Phantasie gezeigt. Sie hätten Ermutigung gebraucht.

In alten Zeiten hat man von der Dimension der Seele im Menschen gesprochen. Dieser Ort, wo die Lebensmotivation wohnt und die Kreativität, die Liebesfähigkeit und die Kraft, den anderen Menschen zu erreichen und (seelisch) zu berühren. Diese Dimension gehört eindeutig zu dem, was man laut WHO im kollektiven Sinn Gesundheit nennt.

Man würde sich wünschen, dass die Lehre aus dieser Pandemie ist, dass Sicherheit nicht das höchste Gut in einer Gesellschaft von freien und kreativen Menschen sein sollte, sondern die verantwortete Selbstbestimmung, die dann in ein menschenfreundliches und gesundheitsförderliches gesellschaftliches Klima münden sollte.

Auch die WHO stellt fest, dass es schwierig ist, den Gesundheitszustand einer Gesellschaft nach objektiven Parametern zu messen. Aber dass die Pandemiemaßnahmen und ihre Kommunikation sowie die darin verborgenen Wertvorstellungen für diese Gesellschaft eher ungesund waren, ist offensichtlich. Nie haben sich so viele Menschen bemüht, Regeln einzuhalten oder kreativ regelkonforme Alternativen zu finden, beispielsweise für Kino, Konzert oder Restaurants. Sie haben viel Geld bekommen, das ist wahr. Sie hätten aber auch Spielräume gebraucht, Vertrauen und Ermutigung. Denn „gesund“ wird niemand, wenn er allein gelassen wird. ///



Foto: Vera Tammen

/// PROF. DR. JOHANNA HABERER
ist Professorin für Christliche Publizistik an der Theologischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und Mitglied des Bayerischen Ethikrates.

Anmerkung

* Siehe online unter <https://bit.ly/3Gvdex9>, Stand: 5.2.2022.

/// Wirtschaftsmotor mit Erfolgsfaktor

DIE GESUNDHEITSWIRTSCHAFT – EINE INVESTITION IN DIE ZUKUNFT

ROBERT BRUNNER / RONALD KAISER /// Die Gesundheitswirtschaft setzt sich aus vielen Akteuren zusammen und hat eine erhebliche ökonomische Bedeutung. Neben der umfassenden Gesundheitsversorgung zeichnet sich der deutsche Gesundheitsmarkt durch die Entwicklung innovativer Hightech-Produkte in der Medizintechnik und Arzneimitteln sowie neuer Behandlungs- und Untersuchungsmethoden aus.

Der Kernbereich, auch erster Gesundheitsmarkt genannt, umfasst den Bereich der „klassischen“ Gesundheitsversorgung, die größtenteils durch die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) und die private Krankenversicherung (PKV) einschließlich Pflegeversicherung finanziert wird. Die dienstleistungsorientierte Gesundheitswirtschaft umfasst die stationäre und ambulante Gesundheitsversorgung. Dienstleistungen stationärer und ambulanter Einrichtungen sind für fast 54 Prozent der Bruttowertschöpfung und rund 63 Prozent

der Arbeitsplätze innerhalb der Gesundheitswirtschaft verantwortlich.

Die Gesundheitswirtschaft hat die Aufgabe, die unterschiedlich gelagerten

Die GESUNDHEITSWIRTSCHAFT stellt die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung sicher.



Die Corona-Pandemie hat gezeigt: Die medizinische Forschung und pharmakologische Produktion in Deutschland sind gut aufgestellt und erfolgreich.

Wünsche der Bevölkerung zur gesundheitlichen Versorgung, von der Frühprävention bis zur gesundheitlichen Wiederherstellung, zu leisten.

Bedeutung der Gesundheitswirtschaft

Die Gesundheitswirtschaft hat eine erhebliche ökonomische Bedeutung für den Standort Deutschland. Die Bruttowertschöpfung im Kernbereich der Gesundheitswirtschaft lag 2020 bei knapp 364,5 Milliarden Euro. Das entspricht mehr als 12,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Sie ist damit weiterhin eine Branche auf Expansionskurs. Mit einer Zunahme von jährlich 3,3 Prozent wuchs der Sektor in den letzten zehn

Jahren deutlich stärker als das Bruttoinlandsprodukt. Die Gesundheitswirtschaft sorgt des Weiteren für eine konjunkturunabhängige und damit wirtschaftlich stabilisierende Nachfrage und ist zudem Beschäftigungsmotor für die deutsche Wirtschaft insgesamt.

Der industrielle Teilbereich trägt einen Anteil an der Wertschöpfung von 20,6 Prozent und umfasst Medizinprodukte, Arzneimittel, aber auch Waren zur Gesundheitsversorgung, Bauinvestitionen und Geräte für E-Health und digitale Anwendungen. Die digitale Gesundheitswirtschaft stellt derzeit noch einen kleinen Teilbereich dar, ist aber mit starkem Wachstum verbunden. Weitere dienstleistungsgeprägte Teilbe-

reiche sind unter anderem Krankenversicherungen, Apotheken und der Gesundheitstourismus.

Umfassender Leistungsanspruch der Versicherten

Grundlage für die hohe Bruttowertschöpfung ist insbesondere der umfassende Leistungsanspruch für über 73,3 Millionen gesetzlich und 8,8 Millionen privat Krankenversicherte. Die Gesundheitsausgaben beliefen sich im Jahr 2020 auf rund 425 Milliarden Euro und haben damit bereits seit 2017 die Marke von 1 Milliarde Euro pro Tag überschritten.¹

Oft wird darauf hingewiesen, dass die Ausgaben für die Gesundheitsversorgung die Wirtschaft und die Beschäftigten mit hohen Kosten belasten. Diese Sichtweise vernachlässigt aber, dass eine gute Gesundheitsversorgung über die ökonomische Bedeutung des Gesundheitssektors hinaus gleichzeitig einen großen volkswirtschaftlichen Nutzen hat. Ein Gesundheitssystem mit guter medizinischer Akutversorgung und einem ausgebauten Rehabilitationswesen ist gut für die Wirtschaft. Es trägt wesentlich dazu bei, dass die Erwerbsfähigkeit und Produktivität der Menschen erhalten bleiben und sie so aus eigener Kraft für ihren Unterhalt sorgen können. Investitionen in die Gesundheit sind ein wichtiger Beitrag zu Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand.

Die flächendeckend gute Gesundheitsversorgung hat zudem wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland bislang insgesamt gut durch die pandemische Krise gekommen ist.²

Investitionen in die Zukunft

Die Patientenversorgung in Krankenhäusern spielt für eine qualitativ hochwertige und moderne Gesundheitsversorgung eine große Rolle. Die Corona-Pandemie macht deutlich, dass in den letzten Jahren zu wenig in die Digitalisierung und eine moderne technische Ausstattung der Krankenhäuser investiert wurde. Verstärkte Investitionsprogramme in die Krankenhausinfrastruktur sind somit unabdingbar. Mit dem Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) sollen diese gefördert werden.

Das KHZG treibt die Digitalisierung der Krankenhäuser voran. Durch den Krankenhauszukunftsfond (KHZF) vom Bundesamt für Soziale Sicherung (BAS) werden Projekte mit einem Gesamtvolumen von bis zu 4,3 Milliarden Euro gefördert. Dafür stellt der Bund 3 Milliarden Euro bereit, die Länder steuern weitere 1,3 Milliarden Euro bei. Das ermöglicht Krankenhäusern, in zukunftsweisende Notfallkapazitäten, Digitalisierungsprojekte und ihre IT-Sicherheit zu investieren. 15 Prozent der Fördermittel müssen dabei für die Verbesserung der Informationssicherheit eingesetzt werden.

Insbesondere die Akutversorgung von Patienten in Krankenhäusern spielt für eine qualitativ hochwertige und moderne Gesundheitsversorgung eine große Rolle. Hierfür ist neben der guten technischen Ausstattung ein hohes Digitalisierungsniveau der Krankenhäuser erforderlich. Daher sollen durch gezielte Projekte in diesen Bereichen das Digitalisierungsniveau spürbar angehoben

Ein funktionierender und florierender Gesundheitssektor hat einen großen VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN Nutzen.

und die IT-Sicherheit deutlich verbessert werden. Durch viele Angriffe in den letzten Jahren wurde deutlich, wie wichtig die Robustheit kritischer Infrastrukturen im Gesundheitswesen ist.

Die Situation bayerischer Krankenhäuser

Die bayerischen Krankenhäuser haben sich in der Corona-Pandemie als stabiler Rettungsanker erwiesen. Sie sind aber seit Oktober 2020 von steigenden Erlösausfällen betroffen, die im Januar 2021 auf durchschnittlich über 20 Prozent gestiegen sind.³

Die weiterhin anhaltende Corona-Pandemie sorgte für große wirtschaftliche Unsicherheit in den bayerischen Kliniken. Betten können aufgrund der Corona-Pandemie nur begrenzt belegt werden, zudem erfordert die Behandlung aller somatischen und psychiatrischen Patienten unter Pandemie-Bedingungen deutlich mehr Ressourcen als üblich. Eine normale Refinanzierung aus dem Regelsystem war damit auch 2021 nur teilweise möglich. Da verbindliche Zusagen der Politik – anders als 2020 – für die Kliniken 2021 fehlten, wäre die weitere Finanzierung als Grundlage der Versorgungssicherheit ungewiss. Der Grund dafür: Die Ausgleichszahlungen des Bundes an Krankenhäuser, die besonders viele Corona-Patienten behandelten, waren unter anderem an die Sie-

Die Corona-Pandemie bewirkt in den bayerischen Krankenhäusern eine wirtschaftliche UNSICHERHEIT.

ben-Tage-Inzidenz am Standort der jeweiligen Klinik geknüpft. Lag sie über 70, floss Geld vom Bund – nicht so, wenn sich der Wert unterhalb dieser Marke bewegte.

Digitale Gesundheitsanwendungen eröffnen Märkte

Mit der offiziellen Bezeichnung „digitale Gesundheitsanwendung“ scheint der Verschreibung der „App auf Rezept“ nichts mehr im Weg zu stehen. Millionen von gesetzlich Krankenversicherten können sich also freuen – oder gibt es da doch einen Haken?

Deutschland ist zunächst weltweit das erste Land, das Apps über eine Verordnung als Leistung der gesetzlichen Krankenversicherung anbietet.⁴ 2021 startete das neue Verzeichnis beim Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) mit großen Erwartungen.⁵ In keinem anderen Land der Welt gibt es sie – die „Apps auf Rezept“, sogenannte DiGAs. Das war und ist eine kleine Sensation für ein Land, das in Sachen „Digitalisierung der Gesundheitsversorgung“ sonst im internationalen Vergleich eher auf den hinteren Plätzen rangiert und für den langen Anlauf der elektronischen Patientenakte mitleidig belächelt wurde.⁶

Theoretisch ist jetzt viel möglich: Es gibt Apps, die der Arzt verschreiben kann. Bei den meisten Krankenkassen können sie die Versicherten in den Geschäftsstellen beantragen. Der Anfang ist gemacht, doch die Tücke steckt im Detail und hat viel mit der Einbindung dieser Apps in den Behandlungspfad des Patienten zu tun. Bezüglich der gesetzlichen Vorgaben sehen Kassenvertreter gerade beim Thema „Evidenz“ noch Luft nach oben. Andererseits ist der Zulassungsprozess auch schwierig

und es somit wie beim Medizinprodukt auch fraglich, ob und wann die DiGA auf den Markt bzw. zum Patienten kommt.

Ein dickes Brett für Innovatoren

Es ist ein dickes Brett, das die Hersteller bohren müssen, um mit der Eintrittskarte DiGA tatsächlich einen neuen Markt zu öffnen. Bis die digitalen Gesundheitsanwendungen Nutzer in die Lage versetzen, dass sie die richtige App zum richtigen Zeitpunkt verordnet bekommen, setzt dies Lern- und Veränderungsbereitschaft sowohl beim Arzt bzw. Psychotherapeuten als auch beim Patienten voraus. Beide Seiten betreten mit den digitalen Therapien Neuland und brauchen dafür die Kompetenzen und entsprechende Fortbildungsangebote. Beide Seiten müssen eine DiGA kennen, die für ihr Krankheitsbild eine Unterstützung darstellt und die sie dauerhaft nutzen können und wollen. Es braucht Maßnahmen zum Ausbau der digitalen Gesundheitskompetenz, damit digitale Therapien beim Patienten ankommen und als gemeinsames Arbeitsmittel in der Therapieplanung und Therapieführung genutzt werden können.

Medikamente made in Germany

Von Hildegard von Bingen über Paul Ehrlich bis hin zum Ehepaar Şahin, den Gründern von BioNTech, erstreckt sich die Spannweite der deutschen pharmakologischen Geschichte. Wie kaum ein anderes Ereignis in dieser langen Zeitspanne richtete die COVID-19-Pandemie den Blick auf die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der medizinischen Forschung und pharmakologischen Produktion. Dabei rückten nicht nur der Forschungsgeist und hohe Agilität in

Covid-19 VERDEUTLICHT die Handlungs- und Leistungsfähigkeit der medizinischen Forschung und Versorgung.

den Mittelpunkt, sondern auch die Versorgungssicherheit mit Medikamenten und pharmakologischen Vorprodukten.

Diese werden heute arbeitsteilig und in einem zunehmenden Spezialisierungsgrad rund um den Globus hergestellt, weshalb aufgrund der quasi Monopolstellung einzelner Firmen eine zunehmende Abhängigkeit von einzelnen Marktteilnehmern besteht. Vor diesem Hintergrund rückt die Frage der Sicherung der Medikamentenversorgung auch mit Generika, den Nachahmermitteln, in den Fokus.

Eine ganz neue Tür wurde durch die Pandemie für Behandlungsansätze auf der Basis der mRNA-Technologie aufgestoßen. Dabei konnte Deutschland schon auf langjährige Erfahrungen und Grundlagenforschung auf diesem Gebiet zurückgreifen. Weitergehend sind auch Medikamente auf Basis der DNA in Entwicklung. Diese Technologien öffnen auch die Tür, um die europäische Vision, den Krebs zu besiegen, zum Erfolg zu führen und die EU noch stärker zusammenwachsen zu lassen oder wie es der EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber postulierte: „Vor 70 Jahren waren Kohle und Stahl das europäische Bindemittel, um Kriege ein- für allemal unmöglich zu machen. Heute definieren nicht mehr nur der Markt, die Wirtschaft und das Geld die Einheit der EU.“

Lasst uns die EU mit einer Gesundheitsunion erweitern, bei der Spitzenforschung und erstklassige Anwendungen Hand in Hand gehen.“⁷

Nach Erhebung des Bundesverbands der Arzneimittelhersteller wurden 2020 61,4 Mrd. im Apothekenmarkt für rezeptpflichtige und rezeptfreie Arzneimittel umgesetzt. Im Jahr 2020 wurden pharmazeutische Erzeugnisse im Wert von rund 58 Mrd. Euro importiert. Seit 2016 stiegen die Exporte deutscher Arzneimittel-Hersteller um 24 Prozent auf rund 85 Mrd. Euro im Jahr 2020. Dieses Ergebnis wurde mit 115.519 Mitarbeitern, davon 8.110 Beschäftigte in Bayern, erzielt.⁸

Gesundheitsdaten nutzen

Ein zur Entwicklung eines modernen Gesundheitswesens unabdingbarer Faktor ist die verantwortungsvolle Nutzung von Gesundheitsdaten. Datengetriebene Anwendungen sind nicht nur in allen Stufen der Patientenversorgung von Bedeutung, sondern ermöglichen es auch, Deutschland und den europäischen Raum im globalen Wettbewerb der Gesundheitsforschung zu positionieren. Das Patientenwohl im Mittelpunkt der Forschungsanstrengungen und der Behandlung hat in der heutigen Zeit eine verlässliche Datengrundlage zur Bedingung. Hierzu braucht Deutschland ein Gesundheitsdatennutzungsgesetz.⁹

Ein modernes Gesundheitswesen **BASIERT** auf Gesundheitsdaten.

Chancen und Bedrohungen der Medizintechnik

Der Healthcare-Sektor boomt. In der medizinischen Versorgung gibt es viele Anwendungsfälle für neue Technologien, etwa für Künstliche Intelligenz, medizinische Software, Hightech-Implantate, 3D-Druck und vieles mehr. Insbesondere das Medical Valley in der Metropolregion Nürnberg ist hier ein weit über Bayern hinausragender Leuchtturm. Da die Digitalisierung auch im Gesundheitswesen an Fahrt aufgenommen hat, ist der Gesundheitsmarkt noch interessanter geworden. Doch irgendwann treffen Technik und Software auf Regulierung und Zulassung. Der Medizintechnikbereich ist stark reguliert. Es bedarf der Zulassung wie bei einem Medikament. Dies ist im Sinne der Sicherheit nachvollziehbar und auch genau reguliert. Viele junge oder branchenneue Unternehmen realisieren das erst spät und stellen mitten in der Entwicklung fest, welcher enorme Aufwand mit der Zulassung eines Medizinprodukts einhergeht.

Fakt ist: Unternehmen wird es nicht leichtgemacht. Sie müssen hohe Risiken eingehen, um innovativ zu sein. Auflagen und Bürokratie behindern den Markterfolg. 2017 sind zudem die neuen europäischen Verordnungen für Medizinprodukte (MDR) und In-Vitro-Diagnostika (IVDR) in Kraft getreten. Dadurch hat sich die Situation vor allem für kleine, mittlere und junge Unternehmen verschlechtert und die Corona-Pandemie hat die Situation nochmals verschärft.

Optimierte Gesundheit

Wir versuchen, alles zu optimieren – Produktionsprozesse, berufliche Leistungen, das Zusammenspiel von Fami-

lie, Beruf und persönlicher Freizeit. Diese Dynamik erreicht auch immer mehr den Gesundheitsbereich. Unsere Vorstellungen darüber, wie wir auch unsere Gesundheit optimieren oder verbessern können, ist so vielfältig wie die sich ständig weiterentwickelnde kommerzielle Gesundheitsbranche. Angetrieben von der Frage, welche Möglichkeiten man hat, um etwas für die eigene körperliche und geistige Gesundheit tun zu können, lässt man sich von einer ständig wachsenden Anzahl von Gesundheitsberatern, Fitnesstrainern und Ratgebern für neue Ideen, Konzepte und Methoden begeistern.

Aus Sicht des Verbrauchers geht es vor allem darum, das individuelle Wohlbefinden zu steigern. Aus Sicht der Medizin gilt es, die Heilung von Krankheiten durch Behandlung mit Medikamen-

Der Trend geht zu einer **OPTIMIERUNG** der Gesundheit.

ten, operative Eingriffe und physio- und psychotherapeutische Alternativen nachhaltig zu unterstützen. Dabei wird die kommerzielle Gesundheitsbranche durch zahlreiche wissenschaftliche Studien und ständig zunehmendes Wissen und Erkenntnisse über die Funktionsweise des menschlichen Körpers angetrieben und gefördert. Das Zusammenspiel von Forschung, Medizin und Gesundheitsbetrieben führt zu einem immer größer werdenden Angebot für die Bevölkerung.

Wirtschaftsmotor Gesundheitscluster

Dieses Zusammenspiel kann man in vielen Regionen in Bayern betrachten. Ein Beispiel für die Entwicklung kleinerer und größerer Gesundheitscluster sind Thermalbäder und Kurkliniken, welche häufig auch einen touristischen Anziehungspunkt entwickeln. Diese Einrichtungen stehen häufig im Mittelpunkt eines Clusters aus Hotellerie, Gastronomie, physiotherapeutischen Praxen, Fitnesscentern und Wellness-einrichtungen. Gleichzeitig entstehen enge Strukturen zwischen diesen Einrichtungen und den örtlichen oder auch überörtlichen Krankenhäusern, Arztpraxen und Gesundheitszentren.

Häufig werden diese Komplexe engmaschig in das Marketing der Kommunen eingebunden und der positive Effekt der angebotenen Gesundheitsanwendungen auf das Wohlbefinden herausgestellt. Der Cluster kann für die Region zum Wirtschaftsmotor werden und die Ansiedlung weiterer Betriebe und Einrichtungen fördern, denn häufig bleiben die Besucher der Kurbäder und Kurkliniken einen längeren Zeitraum in der Region und fokussieren sich auf die Suche nach Wohlbefinden und Heilung. Beispiele sind Angebote für den sanften Tourismus oder Praxen, die sich auf niedrigschwellige Angebote wie die Beratung über gesunde Ernährung oder Kurse zur körperlichen Bewegung spezialisiert haben.

Die Kosten, welche mit einem solchen Gesundheitscluster einhergehen, sind jedoch beachtlich. Sie stellen nicht nur für das Gesundheitssystem, sondern auch für die örtlichen Kommunen eine große Herausforderung dar. Die Verbraucher müssen häufig tief in den Geldbeutel greifen, um sich die Anwendungen und Kurse, die nicht immer von den Kranken- und Pflegeversicherungen

Gesundheitscluster können zum regionalen **WIRTSCHAFTSMOTOR** werden.

bezahlt werden, leisten zu können. Das Angebot der vielen kleinen Zusatzleistungen zwingt sie immer wieder abzuwägen, was man bereit ist, sich für das eigene Wohlbefinden zu leisten. Aber auch dem Staat, vorne weg den Kranken- und Rentenversicherungen, entstehen für die gesundheitlichen Behandlungen jedes Jahr immense Kosten.

Zu beachten sind jedoch nicht nur die Kosten für Therapien und gesundheitliche Anwendungen an sich, sondern auch die reinen Kosten für den Betrieb und Unterhalt der Gebäude und technischen Einrichtungen. Kommunen können häufig nur durch die Bildung von Zweckverbänden und die finanzielle Unterstützung durch den Staat die nötigen Finanzmittel aufbringen, um Einrichtungen wie Thermalbäder dauerhaft am Laufen zu halten. Das Streben nach gesundheitlichem Wohlbefinden in der Bevölkerung kann zu einer Gratwanderung zwischen der Bewältigung finanzieller Schieflagen der öffentlichen Haushalte und einer erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung werden.

Erfolgsfaktor Gesundheitsversorgung

Die breite Spannweite und Leistungsfähigkeit unserer Gesundheitswirtschaft sind ein Garant unserer sich demografisch verändernden Gesellschaft für ein Altern in Würde und Wohlergehen in allen Lebensphasen. Die vielfältigen inno-

vativen Produkte und Leistungen sind ein Motor für die Regionen und qualifizierte Arbeitsplätze in ganz Bayern. ///



/// ROBERT BRUNNER M.A.

ist Inhaber von B'IMPRESS – impressive communication in eHealth und Balance Consulting UG, Augsburg.



/// RONALD KAISER M.A.

ist Informationswissenschaftler und Inhaber der eTTwise Digitalisierungsberatung, Lichtenfels.

Weitere Publikationen zum Thema:

Argumentation Kompakt 6/2021:
Rückert, Maximilian Th. L.: Deutschland braucht ein Gesundheitsdatennutzungsgesetz! Für innovative und menschen-dienliche Forschung und Wissenschaft

Aktuelle Analysen 91:
Rückert, Maximilian Th. L.: Mit KI gegen die Pandemie? Über den Einsatz Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen
Bestell- und downloadbar unter www.hss.de/publikationen

Anmerkungen

- ¹ https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Gesundheitsausgaben/_inhalt.html, Stand: 3.1.2022.
- ² <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/themen/gesundheitswesen/gesundheitswirtschaft/bedeutung-der-gesundheitswirtschaft.html>, Stand: 3.1.2022.
- ³ https://www.csu-landtag.de/image/daten/pm_1604_dacsufw_wirtschaftliche_situation_der_bayerischen_krankenhaeuser_im_blick_behalten_rettungsschirm_verlaengern.pdf, Stand: 3.1.2022.
- ⁴ <https://www.healthon.de/blogs/2021/10/06/einjahr-diga-verzeichnis-erfolg-oder-ernuechterung>, Stand: 3.1.2022.
- ⁵ <https://www.aok.de/gp/news-arzt-praxis/news-detail/diga-verzeichnis-des-bfarm-ist-online>, Stand: 3.1.2022.
- ⁶ <https://www.manager-magazin.de/politik/digitalisierung-deutschland-in-ranking-auf-vorletztem-platz-in-europa-a-f0a7ef16-8903-4d9a-90c8-f72d732b8b9c>, Stand: 3.1.2022; <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/unsere-projekte/der-digitale-patient/projektthemen/smarthealthsystems/digital-health-index/>, Stand: 3.1.2022.
- ⁷ <https://manfredweber.eu/de/aktiv-fuer-europa/gemeinsam-kann-europa-pandemien-alzheimer-und-den-krebs-besiegen/>, Stand: 3.1.2022.
- ⁸ <https://www.vfa.de/>, Stand: 3.1.2022.
- ⁹ https://www.hss.de/download/publications/AK_6_Gesundheit.pdf, Stand: 3.1.2022.

/// Ihre Rolle in modernen Gesellschaften und Pandemien

WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION UND WISSENSCHAFTSJOURNALISMUS

ANDRÉ HALLER /// Insbesondere in der COVID-19-Krise wird deutlich, dass wissenschaftliche Expertise für politische Entscheidungen unabdingbar ist. Was versteht man unter Wissenschaftskommunikation und Wissenschaftsjournalismus? Was sind ihre Funktionen und möglichen Wirkungen, vor allem in der Corona-Pandemie und wer sind die Akteure?

Während der COVID-19-Krise erschienen institutionelle wissenschaftliche Akteure wie das Robert-Koch-Institut oder das Paul-Ehrlich-Institut sowie individuelle Akteure wie Virologen oder

Modellierer in einem bisher unbekanntem Maße in der Medienberichterstattung. Deutlich wird, dass Wissenschaftskommunikation, also der Transfer von Forschungsleistung an die Öffentlichkeit, seit Jahren zunimmt. In vergangenen Zeiten wurde Wissenschaft eher popularisiert, etwa durch TV-Magazine, bevor sie stärker in konkrete gesellschaftliche und politische Diskurse eingebunden wurde.¹ Spätestens seit dem Aufkommen des neuartigen Corona-Virus kann jedoch von einer Re-Popularisierung wissenschaftlicher Akteure gesprochen werden, da wesentliche Persönlichkeiten und Insti-

Seit Corona erfährt die Wissenschaftskommunikation eine **RÜCKKEHR** zu wissenschaftlichen Akteuren und Erkenntnissen.



Die Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse wird immer bedeutender. In der Corona-Krise wurden Mediziner wie der Virologe Christian Drosten (l.) oder der RKI-Chef Lothar Wieler (m.) nicht nur landesweit bekannt, sondern zeitweise auch zu Medienstars.

tutionen durch die journalistische Berichterstattung hervorgehoben und bewertet werden.

So wurden vor allem im Jahr 2020 unterschiedliche Bewertungen von wissenschaftlichen Ergebnissen zur Pandemie stark personalisiert, etwa durch Berichterstattung über Christian Drosten, Alexander Kekulé oder Hendrik Streeck. Die Kommunikation wissenschaftlicher Erkenntnisse wird auf der gesellschaftlichen und individuellen Ebene also bedeutsamer und die sogenannte „Third Mission“ (Forschungstransfer) stellt zunehmend einen wesentlichen Faktor für erfolgreiche Wissenschaftskarrieren dar.²

Was ist Wissenschaftskommunikation?

Die COVID-19-Krise offenbarte die Systemrelevanz von wissenschaftlicher Forschung und zeigte auf, dass wegen der Neuartigkeit des Virus und des damit verbundenen akuten Informationsbedarfs der Öffentlichkeit eine adäquate Kommunikation von Forschungsergebnissen für eine erfolgreiche Krisenbewältigung nötig ist.

Der Terminus „Wissenschaftskommunikation“ bezieht sich jedoch nicht exklusiv auf Kommunikationsmaßnahmen von Forschern. Der Siggener Kreis, ein Verbund von Wissenschaftlern,

Wissenschaftsjournalisten und weiteren Akteuren, inkludiert in seiner Definition mehrere Akteursgruppen: „Unter Wissenschaftskommunikation verstehen wir hier die externe Wissenschaftskommunikation. Dazu zählen wir sowohl die institutionelle Wissenschaftskommunikation, die von professionellen Kommunikatorinnen und Kommunikatoren, aber auch von den in den Wissenschaftsinstitutionen angestellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern betrieben wird, aber auch die ‚freie‘ Wissenschaftskommunikation außerhalb dieser Organisationen sowie auch den Wissenschaftsjournalismus.“³

Wissenschaftskommunikation wird in der Praxis also nicht nur durch Journalisten und Forschungsinstitutionen betrieben, sondern auch durch einzelne Forscher beziehungsweise Forscherteams geleistet. Zudem muss zwischen extern und intern unterschieden werden. Die externe Kommunikation richtet sich an Anspruchsgruppen außerhalb einer bestimmten Organisation, beispielsweise bei der Politikberatung durch eine Forschungseinrichtung. Interne Kommunikation findet einerseits unter strategischen Gesichtspunkten statt, etwa, wenn Mitarbeiter einer Hochschule im Intranet über neue Forschungsprojekte im Haus informiert werden. Andererseits schließt interne Wissenschaftskommunikation die wissenschaftliche Diskussion innerhalb der Peers ein.

Neben den genannten Akteuren kommunizieren auch andere Organisationen über wissenschaftliche Erkenntnisse, sofern sie organisationalen Interessen entsprechen bzw. Funktionen erfüllen. Beispielhaft seien hier NGOs, Denkfabriken oder Parteien, Verbände und Gewerkschaften genannt, die For-

schungsergebnisse oftmals populär darstellen oder auf Unterhaltungs- oder Emotionalisierungsbedingungen ausrichten.⁴ Zu ergänzen sind noch Intermediäre der Wissenschaftskommunikation, also Einrichtungen, die als Vermittler zwischen Forschung und Öffentlichkeit dienen.

Es gibt interne und externe WISSENSCHAFTSKOMMUNIKATION.

Journalistische Wissenschaftskommunikation drückt sich in der Medienberichterstattung über Forschungsergebnisse, -prozesse oder beteiligte Akteure, beispielsweise personelle Neuerungen, aus. Wissenschaftsjournalismus agiert hierbei an der Schnittstelle zwischen dem Wissenschaftssystem, der Öffentlichkeit und weiterer beteiligter Systeme wie Politik oder Wirtschaft. In größeren Medienunternehmen sind Fachjournalisten mit einem oder wenigen Themen betraut, etwa dem Wissenschaftsjournalismus beziehungsweise sogar noch spezifischeren Gebieten wie der Medizin, Physik oder Technik. Bekannte Einrichtungen, in denen sich Wissenschaftsjournalisten organisieren, sind der Deutsche Fachjournalisten-Verband (DFJV)⁵ oder die Wissenschafts-Pressekonferenz WPK⁶.

Institutionelle Wissenschaftskommunikation, also die Kommunikation durch Forschungseinrichtungen oder ihre Angehörigen, hat in der Regel eine strategische Ausrichtung, das heißt, es

sollen spezifische Ziele erreicht werden. Zu diesen Zielen gehören unter anderem:

- Reputationsgewinn innerhalb und außerhalb der Fachöffentlichkeit,
- Herstellung der Befähigung, im kompetitiven Feld der Wissenschaft zu bestehen, etwa durch Bekanntheit bei Fördermittelgebern, und
- Bewerbung von Hochschulstudierenden.

In der institutionellen Wissenschaftskommunikation werden klassische Instrumente der Kommunikation genutzt:⁷

- **Public Relations:** Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die vor allem auf Reputation und Image abzielt. Klassische Beispiele dafür sind Pressemitteilungen oder Hintergrundgespräche mit Fachjournalisten.
- **Digitale bzw. Online-Strategien und -Instrumente:** Hier werden digitale Kanäle genutzt, die sowohl online als auch offline eingesetzt werden. Die Publikation neuer Forschungsergebnisse auf der Social-Media-Seite eines Instituts und die Nutzung von Augmented-Reality-Technologie bei Präsenzterminen sind zwei Beispiele für diese Kanalart. Weitere mögliche Potenziale für strategische Wissenschaftskommunikation bestehen unter anderem durch Podcasts, Foren, Wikis, digitale Bibliotheken, Online-Spiele mit Forschungsthemen oder Newsletter.⁸
- **Events und Aktionen:** Veranstaltungen können sowohl in Präsenz als auch in Online- bzw. Hybridformaten stattfinden. In der Regel treten in diesen Formaten die Forscher mit der Öffentlichkeit beziehungsweise mit journalistischen Akteuren direkt oder vermittelt in Kontakt.
- **Werbung und Promotion:** Klassische bezahlte Werbung wird eingesetzt,

wenn eine breite Öffentlichkeit erreicht werden soll. Werbung kann jedoch auch zielgruppenfokussiert ablaufen, zum Beispiel durch den Einsatz von Targeting-Werbung in Social-Network-Sites.

- **Recruiting und Employer Branding:** Das Ziel hier ist die Rekrutierung neuer Arbeitskräfte und die Erhöhung der organisationalen Reputation auf dem Arbeitsmarkt. Dies kann sich sowohl an Verwaltungskräfte richten als auch den hoch kompetitiven Markt der Professuren.
- **Interne Kommunikation:** Sie richtet sich an Angehörige der eigenen Institution, um neue Informationen weiterzutragen und langfristige Bindungen zur Organisation zu erstellen. Beispiele hierfür sind Rundmails, Intranet-Beiträge, Mitarbeiterversammlungen oder eigene Zeitschriften.

Die Auswahl des jeweiligen Kanals richtet sich stets nach der Zielsetzung und den Zielgruppen. Je nach Größe einer Wissenschaftsorganisation und ihrer zur Verfügung stehenden Ressourcen ist die institutionelle Wissenschaftskommunikation mehr oder weniger professionalisiert.

Als weitere Gruppe der Wissenschaftskommunikation dienen Intermediäre als Vermittlungsinstanzen zwischen der Scientific Community und der

Zielsetzung und Zielgruppen BESTIMMEN das Kommunikationsmittel.

Öffentlichkeit. Sie vermitteln Inhalte aus der Forschung und sind keine genuinen journalistischen Akteure. Social-Network-Sites wie Facebook oder Twitter, die als Plattform für Wissenschaftsjournalisten oder strategische Wissenschaftskommunikatoren dienen, können dieser Gruppe zugeordnet werden. Zudem gibt es Akteure wie den Informationsdienst Wissenschaft (idw), der als Nachrichtenportal für Fachjournalisten dient. Er ist als Verein organisiert und finanziert sich durch die Beiträge der angemeldeten Wissenschaftseinrichtungen, die ihre Inhalte dort publizieren und die Multiplikatorleistung des idw nutzen. Im idw sind etwa 1.000 Forschungseinrichtungen und 41.000 Abonnenten verzeichnet.⁹

Wirkungen von Wissenschaftskommunikation

Insbesondere für staatliche Einrichtungen stellt sich die Frage, welche Wirkungen Wissenschaftskommunikation haben kann. Besonders in Aufklärungskampagnen wie während der Corona-Pandemie werden wissenschaftliche Ergebnisse durch öffentliche Stellen eingesetzt, um gesundheitliche Risiken zu minimieren. Kommunikation beziehungsweise Medienreize können grundsätzlich auf folgenden Ebenen Effekte erzielen: Kognition (Wissen und Einstellungen), Affekte/Emotionen und Verhalten.¹⁰

Kognitive Wirkungen äußern sich darin, dass Rezipienten zum Beispiel neues Wissen ansammeln, etwa über Forschungsergebnisse bezüglich der Wirkung von Schutzmasken in pandemischen Lagen. Zu den kognitiven Wirkungen können außerdem die Bestärkung oder Veränderung von Einstellungen gezählt werden. Erfährt ein Rezipient von der Wirkung neuer Impfstoffe

(= Wissen), so kann es sein, dass sich die Person in ihrer Beurteilung von Impfungen bestärkt fühlt (=Einstellung). Besucht sie anschließend eine Praxis, um sich impfen zu lassen, so betrifft dies die Ebene des Verhaltens. Zusätzlich dazu können sich emotionale Wirkungen entfalten, zum Beispiel, wenn eine Person nach der Bekanntgabe neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse Gefühle entwickelt. So kann die Meldung, dass Lockdowns nachweislich gegen exponentielles Wachstum helfen, bei manchen Menschen zu negativen Gefühlen wie Wut oder Ärger führen.

An den Beispielen wird deutlich, dass Medien-/Kommunikationswirkungen sehr komplex sind und eine Verhaltensänderung nicht automatisch mit der Rezeption von Reizen einhergeht. Vielmehr handelt es sich um ein Zusammenspiel aus den zuvor genannten Wirkdimensionen und vor allem affektiven Regungen, die Verhaltensweisen prägen. Das Ziel in Aufklärungs-/Präventionskampagnen ist es, auf Basis wissenschaftlicher Befunde Bürger zu überzeugen, dass spezifische Maßnahmen die Gesundheit erhalten beziehungsweise Risiken minimieren.

Aktuelle Problemstellungen in der Pandemie

Die COVID-19-Krise legte einige Probleme der Wissenschaftskommunikation offen, die einerseits mit dem Themenfeld

Medien- und Kommunikationswirkungen sind sehr KOMPLEX.

Gesundheit und andererseits mit gewandelten Kommunikationsbedingungen zusammenhängen. Das Thema Gesundheit interessiert Menschen oftmals mehr als andere Forschungsbereiche, die den Alltag weniger stark betreffen. Insbesondere der Ratgeberjournalismus, der sich speziell an ein Laienpublikum richtet, wird häufig rezipiert, um medizinische Informationen einzuholen. Von großer Bedeutung ist ein fundiertes Wissen über medizinische Fachtermini und Zusammenhänge, das PR-Kommunikatoren und Journalisten besitzen sollten. Zudem gibt der Pressekodex vor, auf eine sensationalistische Darstellung bei medizinischen Problemstellungen zu verzichten.¹¹ Dies kann in größeren Krisen wie der aktuellen Corona-Pandemie insbesondere bei Boulevardmedien zu Überschreitungen führen (beispielsweise durch Dramatisierung).

Eine weitere Problemstellung in der Corona-Kommunikation ergibt sich aus der Zunahme und Ausdifferenzierung kommunizierender Akteure, insbesondere durch den Bedeutungsgewinn von Online-Medien.¹² Neben den genannten Akteuren der Wissenschaftskommunikation kamen individuelle Akteure auf, die insbesondere politische Zielsetzungen verfolgen. „Alternative“ Medien und einzelne User oder Aktivistengruppen agieren in einem individualistischen und quasi-anarchischen Kommunikationsmuster.¹³ In sozialen Medien und anderen Plattformen werden Corona, Forschungsergebnisse und staatliche Schutzmaßnahmen diskutiert. Dies stellt insbesondere hinsichtlich möglicher Desinformation eine besondere Herausforderung für die Wissenschaftskommunikation dar.

Zusätzlich dazu wird eine Ausdifferenzierung von Inhalten konstatiert. Indi-

viduell zugeschnittene Online-Medieninhalte werden durch User gewünscht.¹⁴ Dies bietet Social Media auch an, indem Algorithmen Nachrichteninhalte nach den Interessen der User auswählen und ausspielen.¹⁵ Dies kann positiv sein, etwa wenn User vor gesundheitlichen Risiken gewarnt werden. Personalisierte Botchaften können jedoch auch zur Festigung individueller Standpunkte, zum Beispiel einer Abneigung gegenüber der Corona-Impfung, beitragen.

Die Ausdifferenzierung und PERSONALISIERUNG von Inhalten nimmt zu.

Durch die digitale Kommunikation werden zunehmend Inhalte aus anderen Regionen der Erde zugänglich.¹⁶ Dies führt einerseits zu einer potenziellen Vergrößerung des Wissens von Usern über das Pandemie-Geschehen und über mögliche Fortschritte. Andererseits können die Desinformationsszenarien durch nicht-geprüfte Meldungen aus dem Ausland verschärft werden.

Ein positiver Effekt von Online-Wissenschaftskommunikation ist, dass durch die digitale Beschleunigung von Kommunikationsprozessen das Wissen für Forscher schneller zugänglich ist und der Wissenszuwachs beschleunigt wird.¹⁷ Auch normale User können so schneller über Corona lernen, sofern Informationen (unter anderem auf Validität geprüft) zielgruppengerecht aufbereitet werden. Hier kommt dem Wissen-

schaftsjournalismus eine zentrale Rolle bei der Auswahl, Bewertung, der journalistischen Gestaltung und der Distribution zu.

Ausblick

Im Folgenden ein thesenhafter Blick in eine mögliche Zukunft der institutionellen, freien und journalistischen Wissenschaftskommunikation:

- **Wissenschaftskommunikation und -journalismus werden künftig weiter an Bedeutung gewinnen:** Bereits eine frühere Studie zum Wissenschaftsjournalismus zeigte auf, dass Akteure der Wissenschaftskommunikation (unter anderem Journalisten, PR-Beauftragte) einen Bedeutungszuwachs prognostizieren. Insbesondere Themen wie Biotechnologie, Medizin und Umwelt wurden als zentrale Themen genannt.¹⁸ Die Corona-Krise wird den Fokus auf medizinische Themen wohl zukünftig weiter verstärken.
- **Die datengestützte journalistische Berichterstattung wird zur Standarddarstellungsform im Wissenschaftsjournalismus:** Nicht erst seit Ausbruch des neuartigen Corona-Virus stellen Journalisten neueste Forschungsergebnisse und Messungen durch Zahlen und Visualisierungen dar. Seit einigen Jahrzehnten ist beispielsweise in der politischen Berichterstattung eine Quantifizierung nachweisbar, etwa bei Diagrammen zu Wählerwanderungen, bei aktuellen Umfrageergebnissen oder bei der Darstellung von Netzwerkverbindungen von Social-Media-Seiten populärer Politiker. Einfache Darstellungen komplexer Sachverhalte werden daher im Journalismus zentrale Muster werden.

- **Strategisch motiviertes Framing durch wissenschaftsexterne Akteure wird zunehmen:** Es wurde gezeigt, dass neue Akteure in der Wissenschaftskommunikation aktiv sind, die unter anderem politisch-ideologische Ziele verfolgen. Es besteht die Gefahr, dass bei weiteren Themen eine strategisch motivierte Rahmung stattfindet und wissenschaftliche Ergebnisse unsicher erscheinen lässt. Dies wurde nicht nur während der Corona-Krise deutlich, sondern begleitet Forscher seit Jahren, beispielsweise beim Thema Klimawandel.
- **Die Arbeit einzelner (Spitzen)-Forscher und -Institutionen gerät zunehmend unter Medialisierungsdruck:** Die Corona-Berichterstattung machte deutlich, dass nicht nur Boulevardmedien wissenschaftliche Ergebnisse und Einschätzungen personalisieren. Im Gegensatz dazu fokussieren sich Forscher vor allem auf wissenschaftliche Fakten. Es ist anzunehmen, dass das Spannungsfeld zwischen zuverlässiger Wissenschaftskommunikation und journalistischer Verkürzung und Personalisierung bestehen bleibt und stärker wird.

Die Herausforderungen für die beteiligten Akteure der Wissenschaftskommunikation sind mannigfaltig und bedeutend.

Die journalistische Wissenschaftskommunikation wird sich weiter VERÄNDERN.

sam. Der Siggener Kreis stellte deshalb auch die zentrale Rolle der Forschung für die Funktionsfähigkeit von Demokratien in seinem Bericht aus dem Jahr 2018 heraus: „Wissenschaft ist politisch in dem Sinne, dass sie Einfluss auf die Gesellschaft hat, deren Teil sie ist. Demzufolge muss sie auch in der politischen Debatte aktiv sein und Positionen beziehen – (besonders) wenn wissenschaftliche Ergebnisse falsch interpretiert, aus dem Kontext gerissen oder gar missbraucht werden. Um zu verhindern, dass wissenschaftliche Ergebnisse von anderen kontrafaktisch politisiert werden, braucht es breitenwirksame, gegebenenfalls auch kontroverse Debatten über wissenschaftliche Erkenntnisse und über den Wert von Wissenschaft als solcher. Wissenschaft muss über ihren Wert und ihre Werte sprechen, damit nicht ausschließlich über sie gesprochen – und verhandelt – wird.“¹⁹

Insbesondere die letztgenannte Forderung wird wohl am schwierigsten umsetzbar sein, da wissenschaftliches Arbeiten und insbesondere das Prinzip der Falsifizierung als Erkenntnisstrategie für viele Bürger nicht alltäglich sind und daher wiederholt erklärt werden müssen. ///



Foto: FH Kufstein Tirol

/// PROF. (FH) DR. ANDRÉ HALLER
ist Hochschullehrer für Marketing & Kommunikationsmanagement und Digital Marketing, Fachhochschule Kufstein Tirol.

Anmerkungen

- ¹ Hermann, Renate: Wissenschaftsjournalismus, in: Special Interest. Ressortjournalismus – Konzepte, Ausbildung, Praxis, hrsg. von Markus Kaiser, Berlin 2012, S. 157-180.
- ² Herrmann-Giovanelli, Iris: Wissenschaftskommunikation aus Sicht der Forschenden. Eine qualitative Befragung in den Natur- und Sozialwissenschaften, Konstanz 2013.
- ³ Siggenger Kreis: Siggenger Impulse. Walk the Talk – Chefsache Wissenschaftskommunikation, Siggen 2018, S. 2.
- ⁴ Fähnrich, Birte / Schäfer, Mike S.: Wissenschaftskommunikation zwischen Gesellschafts-, Wissenschafts- und Medienwandel, in: Publizistik 65/2020, S. 515-522.
- ⁵ <https://www.dfv.de>, Stand: 10.11.2021.
- ⁶ <https://www.wpk.org>, Stand: 10.11.2021.
- ⁷ Schmidbauer, Klaus: Strategische Kommunikationsplanung in der Wissenschaft. Chancen nutzen mit System, in: Handbuch Wissenschaftsmarketing: Konzepte, Instrumente, Praxisbeispiele, hrsg. von Wolfgang Merten und Thorsten Knoll, Wiesbaden 2019, S. 121-154.
- ⁸ Vowe, Gerhard: Wissenschaftskommunikation 2.0? Fachzeitschriften in der Online-Welt, in: Publizistik 1/2016, S. 51-72.
- ⁹ <https://idw-online.de/de/aboutus>, Stand: 10.11.2021.
- ¹⁰ Schweiger, Wolfgang: Grundlagen: Was sind Medienwirkungen? Überblick und Systematik, in: Handbuch Medienwirkungsforschung, hrsg. von Wolfgang Schweiger und Andreas Fahr, Wiesbaden 2013, S. 15-37.
- ¹¹ Hermann: Wissenschaftsjournalismus.
- ¹² Vowe: Wissenschaftskommunikation 2.0?.
- ¹³ Gellner, Winand: Medien und Parteien: Grundmuster Politischer Kommunikation, in: Umbruch und Wandel im westeuropäischen Parteiensystem, hrsg. von Winand Gellner und Hans-Joachim Veen, Frankfurt a. M. 1995, S. 17-33.
- ¹⁴ Vowe: Wissenschaftskommunikation 2.0?.
- ¹⁵ Schweiger, Wolfgang / Weber, Patrick / Prochazka, Fabian / Brückner, Lara: Algorithmisch personalisierte Nachrichtenkanäle, Wiesbaden 2019.
- ¹⁶ Vowe: Wissenschaftskommunikation 2.0?.
- ¹⁷ Ebd.
- ¹⁸ Meier, Klaus / Feldmeier, Frank: Wissenschaftsjournalismus und Wissenschafts-PR im Wandel, in: Publizistik 2/2005, S. 201-224.
- ¹⁹ Siggenger Kreis: Siggenger Impulse, S. 3.

/// Reformchampion oder Staatszerfall?

ÄTHIOPIEN – SCHLÜSSELAND AUF DER KIPPE

MARTIN PABST /// Nach dem Sturz des kommunistischen Regimes 1991 nahm Äthiopien eine teils positive, teils negative Entwicklung. Ökonomische Erfolge waren von Autoritarismus und Korruption begleitet. Der seit 2018 amtierende Premierminister Abiy Ahmed versprach eine Demokratisierung und schloss Frieden mit dem langjährigen Intimfeind Eritrea. Doch gefährdet nun der bewaffnete Konflikt mit der Region Tigray die Stabilität des Landes.

Der afrikanische Stabilitätsfaktor

Als eng mit den USA verbundene Regionalmacht gilt Äthiopien als Stabilitätsfaktor am Horn von Afrika und unterstützt die Bekämpfung des dschihadistischen Terrorismus. Seine 162.000-Mann-Armee war und ist unverzichtbarer Teil von Friedensmissionen der Afrikanischen Union (AU) und der UNO. Seine demokratische Verfassung ist ethno-föderalistisch ausgerichtet, womit die immer wieder aufgetretenen Spannungen zwischen den ca. 80

Bevölkerungsgruppen ausgeglichen werden sollen. Die Hauptstadt Addis Abeba beherbergt das AU-Hauptquartier, die UN-Wirtschaftskommission für Afrika und zahlreiche weitere UN-Organisationen.

Nach dem Erlass des größten Teils der Schulden im Jahr 2005 setzte ein konstant hohes Wirtschaftswachstum ein. Zwischen 2010 und 2017 betrug es im Jahresdurchschnitt 10,2 Prozent. Davon profitierte auch eine sich vergrößernde städtische Mittelschicht.



Für den Friedensschluss mit Eritrea wurde der neu ernannte Premierminister Abiy Ahmed im Dezember 2019 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Äthiopien galt bisher als **STABILITÄTSFAKTOR** in Afrika.

Gezielt erfolgten Investitionen in die Infrastruktur. So wurde 2018 die alte Schmalspurbahn zwischen Addis Abeba und dem Nachbarstaat Dschibuti durch eine elektrifizierte Eisenbahnlinie in Normalspur ersetzt. Geplant ist, sie nach Kenia und in den Sudan zu verlängern. Finanziert, gebaut und betrieben wird die Lebensader von einem chinesischen Unternehmen, ebenso wie die 2015 eröffnete Stadtbahn in Addis Abeba, das erste derartige ÖPNV-System südlich der Sahara. 2011 begann der Bau des Grand Ethiopian Renaissance Dam (GERD) am Blauen Nil. Dieser soll 5,15 GW Strom für die Industrialisierung und Elektrizitätsexporte liefern. Die 2021 in Kraft getretene African Continental Free Trade Area (AfCFTA) bietet der Wirtschaft große Entwicklungschancen. International avancierte das Land zum Hoffnungsträger.

Doch die Entwicklung hatte auch ihre Schattenseiten. In der Tradition des kaiserlichen wie kommunistischen Äthiopiens strebte das Land regionale Hegemonie an. So marschierte die Armee 2006 in Somalia ein und blieb dort zweieinhalb Jahre lang. Eritrea wurde im Mai 1993 die Unabhängigkeit zugestanden, doch eskalierten die Spannungen zum Krieg (1998 bis 2000) mit an die 100.000 Toten. Die Klärung des umstrittenen Grenzverlaufs durch eine Grenzkommission in Den Haag (2002) zugunsten Eritreas setzte Äthiopien

nicht um. Die permanente Kriegsgefahr führte auf beiden Seiten zu hoher Militarisierung. Der sozialistische Einparteiensstaat Eritrea führte sogar einen unbefristeten Militär- und Arbeitsdienst ein, der viele junge Staatsbürger in die Flucht treibt.

Hinter der demokratischen Fassade wurde Äthiopien autoritär geführt. In der regierenden Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front (EPRDF), einem Bündnis von vier ethnischen Parteien, war die Tigray People's Liberation Front (TPLF) die bestimmende Kraft. Tigrayer saßen an den Schalthebeln von Politik, Verwaltung, Militär, Geheimdiensten und Staatsfirmen. Die Vergabe von Landtiteln, Lizenzen und Genehmigungen war von erheblicher Korruption begleitet.

Als die vergleichsweise transparenten Parlamentswahlen im Mai 2005 der Opposition 35 Prozent der Sitze einbrachten, verschärfte Premierminister Meles Zenawi (TPLF) den autoritären Kurs. 2010 gewann nur noch ein einziger Oppositionskandidat ein Mandat, 2015 fielen alle 547 Sitze an die EPRDF. Kritiker und Oppositionelle wurden schikaniert, gefoltert und inhaftiert, die Tätigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen behindert.

Die EPRDF-Parteien bestimmten die Politik in den Regionen, unabhängige Volksgruppenvertreter konnten sich

Hinter der demokratischen Fassade wurde Äthiopien lange **AUTORITÄR** regiert.

nicht einbringen. In der Region der Oromos, die sich seit jeher benachteiligt fühlen, lieferten sich Regierungskräfte mit der separatistischen Oromo Liberation Front (OLF) Scharmützel. Hinter der Fassade des ethno-föderalen Ausgleichs wuchsen landesweit Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen. Regionen forderten höhere Zuwendungen vom Zentralstaat, benachteiligten aber auf ihrem Territorium ansässige Minderheiten und beanspruchten Land in Nachbarregionen.

Angesichts einer rasch wachsenden Bevölkerung, einer regional unausgewogenen Politik und weitgehender Nichteinbeziehung der lokalen Gemeinschaften blieben die Entwicklungsfortschritte begrenzt. Im UNDP-Weltentwicklungsbericht von 2020 nahm Äthiopien nur den 173. Platz unter 189 Ländern ein. 61,5 Prozent der Einwohner waren von schwerer multidimensionaler Armut betroffen.¹

Staatliche Landenteignungen führten zum Verlust der Lebensgrundlagen, Verarmung und Binnenmigration. Millionen Kleinbauern und Nomaden verloren von 2000 bis 2020 ihr Land aufgrund agrarindustrieller Projekte, Industriezonen und Stadterweiterungen. Ziel der Regierung ist die Verpachtung von drei Millionen Hektar an ausländische Investoren. Eine Million davon ging bereits vorwiegend an indische und saudische Firmen. Die Binnenmigration heizte sozio-ökonomische und ethnopolitische Konflikte in urbanen Zentren an. Ein Teil der Großprojekte rief auch Umweltschäden hervor.²

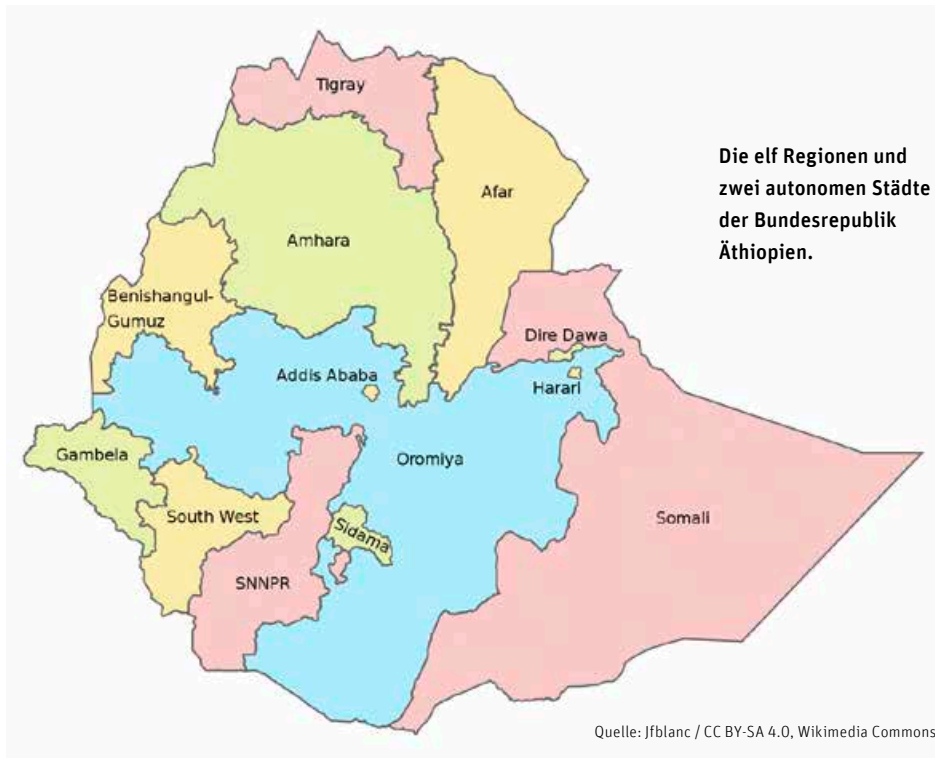
Das Staudammprojekt GERD löste einen Konflikt mit den Unterlaufanrainern Ägypten und Sudan aus. Insbesondere Ägypten fürchtet eine Verknappung des Nilwassers bei zu schneller

Füllung des Stausees. Immer wieder bezeichneten ägyptische Politiker eine Auffüllung ohne vorheriges Abkommen als „Rote Linie“ und drohten mit dem Einsatz militärischer Mittel, wie zuletzt der ägyptische Präsident Abd al-Fattah as-Sisi am 15. Juli 2021.³ Aufgrund eines Militärabkommens vom März 2021 könnten ägyptische Kampfflugzeuge gegebenenfalls Angriffe von Stützpunkten aus dem Nachbarland Sudan fliegen. Trotz Vermittlungsbemühungen der AU und den USA führten die trilateralen Verhandlungen bis heute zu keinem Abkommen. Eine Rolle spielt dabei auch die aufgeheizte nationalistische Stimmung in Äthiopien und Ägypten, die die Regierungen unter Druck setzt, keine Kompromisse zu machen. Ungeachtet aller Proteste begann Äthiopien im Juli 2020 mit der Füllung des Stausees; im Februar 2022 produzierte erstmals eine Turbine Strom.

Das **STAUDAMMPROJEKT GERD** führt zu Konflikten mit den Anrainerstaaten.

Hoffnungsträger Abiy Ahmed

Eskalierende gewalttätige Konflikte zwischen Oromos und Sicherheitskräften, aber auch zwischen Amharen und Oromos brachten Abiy Ahmed am 2. April 2018 in das Premierministeramt. Überraschend konnte er sich mit Unterstützung der EPRDF-Oromo-Partei gegen den von der TPLF unterstützten Kandidaten durchsetzen. Mit seiner Herkunft ist er grundsätzlich geeignet,



Brücken zu bauen: Sein Vater war ein muslimischer Oromo, seine Mutter eine christliche Amhara. Kernbotschaften seines 2019 verfassten Programms „Medemer“ (gemeinsam) sind Demokratisierung, Versöhnung, Ausbau der Bürgerrechte, Stärkung der Zivilgesellschaft und der Frauen, Transformation der ethnischen Politik in einen Pan-Äthiopismus, Liberalisierung der Wirtschaft, Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen, Erleichterung ausländischer Investitionen, Investitionen in Bildung sowie Abbau von Spannungen und regionale Integration.

Abiy entließ politische Gefangene, ließ Menschenrechtsverletzungen verfolgen, besetzte die Regierung zur Hälfte mit Ministerinnen und bekannte sich zu einem echten Mehrparteiensystem. Ver-

waltung und Staatsfirmen wurden umstrukturiert und zahlreiche Beamte und Offiziere entlassen. Die verbotene Widerstandsorganisation Ginbot 7 wurde als Partei legalisiert, mit der OLF ein Friedensabkommen geschlossen, und eine Oppositionelle und ehemalige politische Gefangene wurde als Leiterin der Wahlkommission eingesetzt. Unter Jugendlichen wurde der smarte 42-jährige Premierminister schnell zur Kultfigur.

Krönung seines im Eiltempo umgesetzten Reformprogramms war das am 16. September 2018 in der saudischen Stadt Dschidda unterzeichnete Friedensabkommen mit Eritrea, was nach 18-jährigem „Kalten Krieg“ einer Sensation gleichkam. Der internationale Hoffnungsträger Abiy wurde dafür im Dezember 2019 mit dem Friedensnobel-

preis ausgezeichnet. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) hatten das Abkommen vermittelt, denn sie streben Einfluss an der afrikanischen Gegenküste an und waren bereits in Eritrea präsent (zum Beispiel über die VAE-Militärbasis in Assab).

Äthiopien und Eritrea vereinbarten die Wiederöffnung von Verkehrs- und Handelsverbindungen sowie die gemeinsame Modernisierung und Nutzung der eritreischen Häfen Assab und Massaua. Das 1993 zum Binnenland gewordene Äthiopien ist bestrebt, seine bisher auf Dschibuti konzentrierten Ein- und Ausfuhrwege zu diversifizieren. Das Projekt, wieder eine äthiopische Kriegsmarine aufzubauen, zeigt, dass Abiy auf eine mittel- bis langfristige Konföderation mit Eritrea, vielleicht sogar auf eine Wiedervereinigung setzt. Eritrea versprach sich von dem Abkommen internationale Aufwertung, eine Schwächung der verhassten TPLF und die Abtretung der Grenzgebiete. Das äthiopisch-eritreische Tauwetter war freilich nur kurz: Seit April 2019 hat Eritrea alle Grenzen wieder geschlossen. Wahrscheinlich fürchtet das sozialistische Regime das Eindringen oppositioneller Ideen.

Abiy Ahmeds Reformkurs soll die Grundlagen für eine nationale Machtausweitung schaffen, indem er innen- und außenpolitische Konflikte beenden und mit der Demokratisierung gesellschaftliche und ökonomische Potenziale freisetzen will. Er belebt den Panafrikanismus neu und sucht sein Land zu einem führenden Akteur in der ostafrikanischen Intergovernmental Authority on Development (IGAD), der AU und der UNO zu machen. Er ging nicht nur auf Eritrea zu, sondern intensiverte auch die Verbindungen mit Dschibuti und Somalia.

Im Innern setzte Abiy auf eine Rezentralisierung des Landes. Im Dezember 2019 überführte er die EPRDF in die Einheitspartei Prosperity Party (PP). Drei der vier ethnisch strukturierten Mitgliedsparteien lösten sich zugunsten der PP auf, nicht aber die TPLF. Als folgerichtig nächster Schritt dürfte Abiy die Umwandlung der ethno-föderalen Verfassung in eine zentralistische Ordnung vorschweben.

Der neue Premierminister
ABIY AHMED wurde mit seinem
Reformprogramm zunächst zum
gefeierten Hoffnungsträger.

Mit seinem Reformkurs machte sich der neue Premierminister aber auch Feinde. Am 23. Juni 2018 entging er nur knapp einem Attentat. Entlassene Politiker und Funktionäre wollen Einfluss und Pfründe zurückgewinnen, und die Demokratisierung eröffnet auch Nationalisten und Chauvinisten Freiräume. Verschiedenste Volksgruppen versuchen an Einfluss zu gewinnen, um ihre jeweiligen Interessen und Ziele durchzusetzen. Beispielsweise sucht ein Teil der Amharen ihren Einfluss durch Unterstützung Abiy zu mehren, ein anderer Teil setzt hingegen auf die Ausweitung des Föderalismus und ein „Groß-Amhara“. Ethno-politisch motivierte Gewalt schlug viele Menschen in die Flucht, Mitte 2020 waren es 1,8 Millionen Binnenvertriebene, im Großraum Addis Abeba forderten Zusammenstöße

zwischen Amharas und Oromos an die 200 Tote.

Bürgerkrieg in Tigray

Im November 2020 kam es zum Schlagabtausch zwischen der Bundesregierung und der Tigray-Region. Premierminister Abiy war entschlossen, die TPLF als Störfaktor gewaltsam auszuschalten und damit auch ein Exempel gegen ethno-nationalistische Bestrebungen zu statuieren. Die Folge waren anhaltende bürgerkriegsähnliche Kämpfe.

Die Regionalregierung von Tigray widersetzte sich der mit der Corona-Pandemie begründeten Verschiebung der Parlamentswahl durch die Bundesregierung auf 2021, sprach dieser die Legitimität ab und hielt am 9. September 2020 einseitig eine regionale Wahl ab. Abiy bereitete zu diesem Zeitpunkt bereits eine Militäraktion gegen Tigray unter Beteiligung eritreischer Kräfte vor.⁴ Südlich und östlich von Tigray zog Abiy Truppen zusammen, und die Beteiligung eritreischer Kräfte aus dem Norden sollte es ermöglichen, die TPLF in die Zange zu nehmen. Aber am 4. November umzingelten Spezialkräfte und Milizen der Tigray-Region das Armeeregionalkommando Nord in der Regionshauptstadt Mekelle und nahmen es ein, ebenso weitere Armeebasen. Viele Tausende äthiopische Soldaten wurden gefangen sowie eine große Zahl schwerer

Waffen erbeutet. Zahlreiche ethnische Tigrayer in der Armee liefen über. Aus Sicht der TPLF war es ein Akt präventiver Verteidigung.

Abiy hat sich mit den Oromos (35 Prozent der Bevölkerung) und Amharas (27 Prozent) sowie dem Nachbarstaat Eritrea verständigt, um die Dominanz der Tigrayer (6 Prozent der Bevölkerung) zu beenden. Schnell rückten die äthiopischen und eritreischen Soldaten sowie Spezialkräfte und Milizen aus Amhara vor und schlugen zurück. Letztere beanspruchten Gebiete in West-Tigray. Mit der Einnahme von Mekelle am 28. November 2020 erklärte Abiy den Konflikt für beendet. In der Region wurde eine Übergangsregierung eingesetzt und die TPLF als „extremistische Organisation“ verboten. Doch begann nun eine neue Phase des Guerillakriegs der regionalen „Tigray Defence Forces“ (TDF).

Viele Äthiopier halten der TPLF vor, sich jahrzehntelang Posten und Privilegien angeeignet und von der Korruption profitiert zu haben. Im Gegenzug erhebt die TPLF den Vorwurf, dass ihre Amtsträger überproportional entlassen und unter dem Vorwand von Korruption oder Menschenrechtsverletzungen verfolgt würden. Am Ethno-Föderalismus hält sie dezidiert fest.

Mit Ausnahme der Kriegsregion Tigray fanden am 21. Juni 2021 Parlamentswahlen statt. Abiys PP gewann 410 von 436 Sitzen. Bedeutende Oppositionsparteien hatten freilich die Teilnahme verweigert, da sie die Bedingungen nicht für frei und fair hielten. Die TDF nutzten diese Ablenkung zur schnellen Wiedereroberung Tigrays und der Einnahme von Mekelle am 28. Juni. Zuvor waren die Übergangsregierung und die Regierungstruppen geflüchtet. Die erit-



Quelle: Martin Pabst

Die bis zu 3.500 Meter hohen Berge von Tigray begünstigten den Guerillakrieg von November 2020 bis Juni 2021 der TPLF gegen die äthiopischen und eritreischen Regierungstruppen.

reischen Kräfte, deren Präsenz Abiy Ahmed noch bis März 2021 dementiert hatte, zogen sich ins nördliche Grenzgebiet zurück. Wieder nahmen die TDF Tausende äthiopische Soldaten gefangen und erbeuteten zahlreiche Waffen.

Die TDF rückten im Juli 2021 in die Regionen Amhara und Afar vor, erreichten Ende November Debre Birhan, 130 Kilometer nördlich von Addis Abeba, und drohten mit der Einnahme der Hauptstadt. Anfang Dezember konnte die Regierungspartei das Blatt wieder wenden. Premierminister Ahmed begab sich medienwirksam im Kampfanzug an die Front, um die Verteidigung zu leiten. Die TDF hatten ihre Kräfte überdehnt und sich mit dem Übergang vom Guerillakampf zur konventionellen Kriegführung keinen Gefallen getan. Von der Regierung neubeschaffte Kampfdrohnen aus dem Iran, der Türkei und den VAE fügten ihnen bedeu-

tende Verluste zu. Bis 22. Dezember vollzogen die TDF einen angeblich geordneten Rückzug.

Ein Friedensnobelpreisträger setzt auf Gewalt

Das Beharren des Friedensnobelpreisträgers Abiy Ahmed auf einer gewaltsamen Lösung stieß international auf Unverständnis, ja sogar auf scharfe Kritik. Abiy traf sich mit dem von der AU entsandten Vermittlertrio, war aber nicht zu Verhandlungen mit dem Gegner bereit, da es sich um eine interne Rebellion handele. In der Armee und Verwaltung wurden Tigrayer entlassen oder sogar inhaftiert, auch waren aus Tigray stammende Unternehmer und Journalisten in diversen Landesteilen von Verfolgungsmaßnahmen betroffen.

Es erschienen Berichte über massive Menschenrechtsverletzungen im von der Außenwelt abgeriegelten Tigray: Luftan-

Im November 2020 setzten
BÜRGERKRIEGSÄHNLICHE Auseinander-
setzungen in Tigray ein.

griffe auf zivile Ziele, Plünderungen, Massenvergewaltigungen, willkürliche Verhaftungen und Tötungen. Es gibt Belege dafür, dass alle kriegführenden Parteien solche Taten zu verantworten haben. Zuletzt warf Human Rights Watch den TDF schwere Menschenrechtsverletzungen in der Amhara-Region vor. Doch gemäß einer UN-Untersuchung verübten die meisten Verbrechen die Kräfte Äthiopiens und Eritreas.⁵ WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus nannte im Januar 2022 die systematische Abriegelung Tigrays von humanitärer Hilfe „eine Hölle auf Erden“. Seit einem Jahr verweigere die Bundesregierung die Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten.⁶ Im November 2021 waren 5,2 von 6 Millionen Einwohnern der Region von Hunger betroffen.

Nicht nur Tigrayer werfen Regierungsvertretern „genozidale“ Reden vor. So meinte der EU-Sondergesandte Pekka Haavisto: „Als ich die äthiopische Führung im Februar traf, gebrauchten sie diese Art von Sprache, dass sie die Tigrayer vernichten, sie für die nächsten 100 Jahre auslöschen würden und so weiter.“⁷ Abiy bezeichnete am 18. Juli 2021 die TPLF als „Teufel“, „Unkraut“ und den „Krebs Äthiopiens“, der ausgemerzt werden müsse. Seine Anschuldigungen richten sich auch gegen die Tigrayer, die er pauschal als „Kollaborateure“ denunziert.⁸ Als bekennender evangelikaler Christ ist er überzeugt, mit göttlicher Unterstützung Äthiopien vor seinen Feinden zu retten. Die Radikalisierung des Regierungslagers ist fortgeschritten, wenngleich sich eine Minderheit, darunter die (weitgehend auf repräsentative Aufgaben beschränkte) Staatspräsidentin Sahle-Work Zewde, im Hintergrund für einen Ausgleich einsetzt.

Abiy verteidigt trotz internationaler **KRITIK** sein militantes Vorgehen gegen die TPLF.

Abiy Ahmed sieht sein Land als Opfer eines Medienfeldzugs von TPLF-Lobbyisten, die zwischen 1991 und 2018 in Washington und New York gut eingespielte Netzwerke für Desinformation aufgebaut hätten. Mit der für ihn „parteiischen“ UNO lieferte er sich einen Kleinkrieg und wies nach kritischen Äußerungen im Oktober 2021 sieben hochrangige UN-Diplomaten unter dem Vorwurf, sie würden die TPLF-Rebellen begünstigen, aus. Außerdem wurden an die 100 UN-Ortskräfte festgenommen. UN-Generalsekretär António Guterres wies die Vorwürfe entschieden zurück und prangerte vor dem Sicherheitsrat einen Verstoß gegen das Völkerrecht an.

Wie geht es weiter?

Möglicherweise bereitet Abiy nun eine Gegenoffensive vor. In den ersten beiden Januarwochen 2022 sollen gemäß der UNO 108 Zivilisten bei Luftangriffen auf Tigray getötet worden sein. Doch je länger der Konflikt anhält, desto größer ist das Risiko einer Desintegration des Landes. Armeeeinheiten mussten aus anderen Landesteilen abgezogen werden und können dortige Konflikte nicht hinreichend einhegen. Je länger Milizen aus anderen Regionen an der Seite der Regierungstruppen kämpfen, desto stärker werden sie eigene Agenden verfolgen und Kompensationen einfordern. Zahlreiche Konflikte sind in Äthiopien

ungelöst, so auch zwischen Ethnien im Süden, zwischen Oromos und Somalis oder zwischen Afars und Somalis.

Wünschenswert wäre ein militärisches Patt, das auf beiden Seiten die Friedensbereitschaft erhöhen würde. Mit einer Fortsetzung seines schonungslosen Straffeldzugs würde Abiy Ahmed die Tigrayer weiter unter der (autoritären und nicht unumstrittenen) Führung der TPLF zusammenschweißen. Hingegen könnten sich bei Verhandlungen die auch dort vorhandenen Oppositionskräfte einbringen. Die TPLF muss erkennen, dass sie, im Unterschied zum Bürgerkrieg der 1980er-Jahre, geografisch isoliert ist, keine hinreichende militärische Unterstützung von außen erhält und vielleicht auf Zeit, aber nicht auf Sieg spielen kann.

Ein Hoffnungszeichen war im Januar 2022 die Freilassung inhaftierter TPLF-Führer und anderer Oppositionspolitiker und Abiys Ankündigung eines Nationalen Dialogs. Wenn er stattfinden sollte und Oppositionsparteien, Rebellen und Zivilgesellschaft hinreichend einbezieht, könnte er Konflikte entschärfen und, begleitet von Maßnahmen zur Versöhnung, Ansprüche ethnischer Gruppen nach mehr Territorium, Ressourcen und Einfluss ausgleichen. Zusätzlich zu den Vermittlungsbemühungen der USA, EU und AU könnten auch China, Saudi-Arabien und die VAE eine Rolle spielen. Letztere beiden Staaten sind an einem baldigen Ende des bewaffneten Konflikts interessiert, da ansonsten der Iran und die Türkei die Lücke besetzen könnten.

Nur ein stabiles Äthiopien wird sein großes Potenzial realisieren können. Sein Zerfall wäre eine Katastrophe für das gesamte nordöstliche Afrika. ///



/// DR. MARTIN PABST
ist Politikwissenschaftler und Leiter des Büros
Forschung & Politikberatung, München.

Anmerkungen

¹ United Nations Development Report: Human Development Report 2020. The next frontier: Human development and the Anthropocene, Genf 2021, S. 365, http://www.hdr.undp.org/sites/default/files/hdr_2020_overview_german.pdf, Stand: 11.1.2022.

² Brüne, Stefan: Äthiopien im Umbruch: Entwicklungsszenarien und ausländische Interessen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2020, S. 18 f., <https://www.bpb.de/apuz/308158/entwicklungsszenarien-und-auslaendische-interessen>, Stand: 11.1.2022.

³ Egypt's national security is a red line that cannot be crossed, we should not worry: Sisi. Ahram Online, 15.7.2021, <https://english.ahram.org.eg/NewsContent/1/64/417308/Egypt/Politics-/Egypt-national-security-is-a-red-line-that-cannot.aspx>, Stand: 11.1.2022.

⁴ Abiy und sein eritreischer Amtskollege Isaias Aferwerki besuchten gegenseitig Militäreinrichtungen, siehe Ethiopia's Conflict in Tigray. Will the centre hold?, in: International Institute for Strategic Studies: Strategic Survey 2021. The Annual Assessments of Geopolitics, London 2021, S. 329.

⁵ UNO: Schwere Menschenrechtsverletzungen im Tigray-Konflikt, in: Tiroler Tageszeitung, 3.11.2021, <https://www.tt.com/artikel/18439431/uno-schwere-menschenrechtsverletzungen-im-tigray-konflikt>, Stand: 13.1.2022.

⁶ Nirgends auf der Welt sind wir Zeugen einer Hölle wie in Tigray, in: Der Spiegel, 12.1.2022, <https://www.spiegel.de/ausland/aethiopien-who-chef-tedros-adhanom-ghebreyesus-macht-abiy-ahmed-schwere-vorwurfe-a-2b5ff8d2-2321-47ab-8abd-f2134424d567>, Stand: 13.1.2022.

⁷ Zit. nach Plaut, Martin: The Tigray famine; lessons from 1984-85, in: RUSI Journal 166/2021, S. 24.

⁸ The Cancer of Ethiopia: Statement by PM Abiy Ahmed Tghat, 18.7.2021, <https://www.tghat.com/2021/07/18/the-cancer-of-ethiopia-statement-by-pm-abiy-ahmed>, Stand: 13.1.2022.



/// Ein Einsteigerbuch für Politiker

TIPPS UND TRICKS FÜR DEN GELUNGENEN SOCIAL-MEDIA-AUFTRITT

Social-Media-Auftritte von Politikern können unprofessionell oder aus Sicht der jüngeren Zielgruppen manchmal sogar peinlich wirken. Aber es geht auch anders: Echter Dialog auf Augenhöhe, barrierefreie Mitbestimmung und zielgruppengerechte Informationsvermittlung sind möglich.

André Haller hat einen praxisnahen Ratgeber für alle politisch Verantwortlichen geschrieben, die sich noch nicht dank professionellem und ressourcenintensivem Betreuungsapparat im Hintergrund mit pompös inszenierter Instagram-Filterästhetik online präsentieren können. Denn statt schnelllebiger

Wahlkampfsichtbarkeit bieten Social Media unglaublich bereichernde Möglichkeiten. Haller macht eingangs deutlich, er habe dieses Einsteigerbuch geschrieben, damit in Zukunft „politische Akteure im Kommunalen nicht nur ‚Ad-Hoc‘-Online-Kommunikation betreiben, sondern nachhaltige und authentische Social-Media-Auftritte betreiben können“ (S. 1).

Nach basalen Einführungskapiteln zur Verortung der Social Media im Mediensystem heute und der Vorstellung der wichtigsten Plattformen zeigt das Buch das vielfältige Instrumentarium kommunaler politischer Kommunikation, bietet anschauliche Beschreibung einiger Tools für „kommunalpolitische Social-Media-Kommunikation“ und schließt ab mit einigen Best-Practice-Beispielen und Experteninterviews.

Der Praxisratgeber hält, was er verspricht. Er bietet allen, für die Social-Media-Kanäle noch das vielfach beschriebene und ausreichend gut kartierte „Neuland“ sind, einen schwellenlosen Einstieg. Klare Struktur und unprätentiöse Sprache passen zur auch optisch umgesetzten Leitfadeneästhetik. Die Gegenüberstellung von Nutzerzahlen der großen Plattformen Twitter, Facebook und Instagram sowie deren (wirtschaftliche) Genese geben einen Einblick in Funktion und Formsprache, lassen jedoch ganz Wesentliches außen vor.

Die Aufmerksamkeitsökonomie als Triebkraft von Social-Media-Plattformen bleibt genauso unerklärt wie ein Hinweis darauf, warum tatsächlich so viele, die politisch Verantwortung tragen (wollen), lieber auf eigene Social-Media-Auftritte verzichten: Der Hinweis auf „kommunikativen Gegenwind“, auf den es laut Haller „adäquat

zu reagieren“ (S. 32) gelte, greift im Angesicht sich selbst bis hin zum Extremismus radikalisierender Telegram- und Facebookgruppen von Verschwörungsideologen und Hetzern sowie der sprachlos machenden (verbalen) Gewalt aus und in den Kommentarspalten in Social Media zu kurz. Ein Hinweis auf den „Kompass wehrhafte Demokratie“ der Hanns-Seidel-Stiftung und die konkreten Möglichkeiten, sich gegen Hass und Hetze im Netz zu wehren (hss.de/gegen-hatespeech), sei an dieser Stelle nachgereicht. Warum Blogs und Whatsapp und nicht etwa Telegram, LinkedIn und Youtube als Betätigungsfelder für kommunalpolitische Kommunikation ausgewählt wurden, bleibt offen.

Bis auf den eher realitätsfernen Ratsschlag, Kommunalpolitiker sollen sich „regelmäßig auf Tech-Portalen im Internet über die Weiterentwicklung des Sortiermechanismus [...] informieren, um eigene Posts effektiv zu gestalten“ (S. 18), sind allem voran die Content-Marketing-Tipps, die konkrete Hin-führung zur Erstellung eigener Social-Media-Redaktionspläne und die anschaulichen Methodenerklärungen zur Bürgerbeteiligung Gold wert.

Auch digitale Tools zur internen Kampagnenplanung und -durchführung werden angeführt, die oftmals gratis und auch deshalb für Politiker ohne eigenen Stab überaus wertvoll sein können. Die lebensnahen Beispiele zur Verbesserung (digitaler) Bürgerkommunikation (Das Glas Wasser bei digitalen Bürgersprechstunden „tut wahre Wunder“, S. 59) bzw. Bürgermobilisierung verdienen genauso viel Beachtung wie die authentischen Best-Practice-Beispiele von gelungenen Social-Media-Auftritten einiger Kommunal-

politiker, die aufgrund der Herkunft des Autors nicht überraschenderweise aus dem Nordbayerischen kommen.

Das Buch zeigt eindrucksvoll, wie digitale Bürgerkommunikation mithilfe von Social Media kreativ gestaltet werden kann. Es ist ein Must Have für die, die wirklich noch keine Berührungen mit digitaler politischer Kommunikation haben, sich aber deren grenzenlosen Möglichkeiten nicht verschließen wollen. „One does not fit all“ – jeder Politiker hat eine individuelle Agenda und eine eigene Persönlichkeit, die mittels Social Media mit eigentlich wenig Aufwand ins perfekte Licht gerückt werden kann. „Authentizität und Offenheit“ – so Haller – „sind Schlüsseleigenschaften, die ein Kommunalpolitiker im Social Web berücksichtigen sollte“. Für alle technischen und methodischen Fragen rund um den eigenen digitalen Auftritt kann er sich gegen Hallers Buch und unseren „Kompass wehrhafte Demokratie“* auf den Schreibtisch legen.

DR. MAXIMILIAN TH. L. RÜCKERT,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Anmerkung

*Kompass: Wehrhafte Demokratie – Wegweiser im digitalen Raum für ehrenamtlich und politisch Verantwortliche, bestell- und downloadbar unter www.hss.de/publikationen

Koß, Michael: **Demokratie ohne Mehrheit? Die Volksparteien von gestern und der Parlamentarismus von morgen.** München: dtv-Verlag 2021, 270 Seiten, € 20,00.



Der deutschen und österreichischen Demokratie ein Beben zu attestieren, wäre vor fünf bis zehn Jahren Zeugnis einer sensiblen Beobachtungsgabe des Zeitgeschehens gewesen. Heute kommt eine solche Diagnose eher einer ordnenden Rückschau gleich, die dennoch treffend auf die Verwundbarkeit unserer Demokratie deutet. Michael Koß, Professor am Institut für Politikwissenschaft an der Leuphana-Universität-Lüneburg, geht der Frage nach, wie unter den Umständen einer „gleichzeitigen Fragmentierung und Polarisierung in Gesellschaft und Politik“ (S. 189) noch Mehrheiten zu finden sind. Im Kern ist seine Antwort zweigeteilt: Es gelte die Parteien als essenziellen Bestandteil der Demokratie weiterhin anzuerkennen, sowie die Mitbestimmungsrechte des Elektorats quantitativ und qualitativ aufzuwerten (S. 200 f./ 209).

Anschaulich, besonnen und überzeugend trägt der Autor in einer Zeit der „Unübersichtlichkeit“ seine Thesen vor. Durch das Ende des Kalten Krieges und den Wegfall des Ost-West-Antagonismus seien gesellschaftliche und politische Konflikte nun „entgrenzt“ und ereignen sich sohin zunehmend entlang gegenläufiger Konfliktlinien: Nationale

und transnationale Thematiken überlagern sich und sind nicht mehr begrenzt von den „Leitplanken“ einer „außergewöhnliche[n] Phase parteipolitische[r] Stabilität“ (S. 19).

Doch warum sollten gerade in diesem zunehmend pluralistischen und individualistischen Klima Parteien die Antwort auf die Probleme der Mehrheitsfindung sein? Koß erwidert, Parteien seien die einzigen Organisationen, die den „diffusen Wählerwillen“ (S. 190) zu bündeln und (langfristig) kompromissfähig zu handeln, imstande sind. Es gelingt ihm dabei, den Leser dazu zu bewegen, die Rolle der Parteien (für die Demokratie) zu hinterfragen, auch wenn dies zum Teil in Ermangelung konsistent vorgetragener Argumente geschieht, wie beispielsweise in Kapitel sechs: Plebiszite schwächten in der Regel die Demokratie, da sie die „zentrale Rolle der Parteien [konterkarieren]“ (S. 190).

Ohnehin begnügt sich der Parteienforscher zu oft mit einer Variation der sinngemäßen Aussage „Parteien sind gut, weil sie wichtig sind“; insbesondere angesichts der selbstgestellten Aufgabe die These zu beweisen, „Parteien waren, sind und bleiben die zentralen Akteure der demokratischen Mehrheitsbildung“ (S. 18). Letztlich überzeugt der von ihm zu Beginn vorgetragene Satz, sie seien die beste von mehreren schlechten Alternativen, jene Funktion der Kompromissfindung auszuführen (S. 18 f.).

Etwas unvermittelt richtet Koß seine Aufmerksamkeit alsdann auf die Muster personeller Präferenzen, die mit unserem Zeitgeschehen einhergehen. Anhand der Idealtypen des Politikers als Lichtgestalt und als Renegaten skizziert und kontrastiert er die politischen Laufbahnen Willy Brandts, Bruno Kreiskys mit denen Jörg Haiders und Alexander Gaulands.

Während der Kalte Krieg aufgrund seiner beschränkten Konfliktlinien noch Lichtgestalten als die Sieger im Kampf um Wählerstimmen und innerparteiliche Macht hervorgehen ließ, favorisiert die bis in die Gegenwart andauernde Fragmentierung zunehmend Renegaten. Die Aussage, diesen Politikertypus habe in aller Regel eine „narzisstische Kränkung“ auf den Weg ihrer Subversion gebracht (S. 76/78) mutet jedoch eher als Küchenpsychologie an denn als eingehende Analyse.

Schließlich überzeugt die These, die Passung zwischen strukturellen Konfliktlinien und Personentypus sei ausschlaggebend für den Erfolg des Politikers. Das verdeutlicht Koß an einer mehrseitigen Besprechung Angela Merkels, die sich zwar in keinen der beiden Idealtypen so recht einfügen will, doch als „Meisterin der Konsequenz“ (S. 98) offenbar den korrekten Modus Operandi für die Übergangszeit nach dem Abtauen des Kalten Kriegs gefunden hat.

Zur Stärkung der Demokratie sei es ratsam, die wenigen Möglichkeiten der Partizipation quantitativ und qualitativ aufzuwerten (S. 200 f./209). Dazu sollte es langfristig ortsansässigen Einwohnern erleichtert werden, die „Einbürgerung“ und somit das Wahlrecht zu erlangen (S. 216). Mehr Transparenz könne des Weiteren zu mehr Differenziertheit bei Wahlentscheidungen verhelfen; für Michael Koß ist das verbunden mit der bescheidenen, wenngleich pragmatischen Forderung nach einer reformierten Regulierung der Parteienfinanzierung (S. 207). Zuletzt fordert der Autor den Leser dazu auf, einer politischen Partei beizutreten und eine Verantwortungsethik, im Sinne Max Webers, zu üben, die den Fokus auf die Konsequen-

zen unseres Handelns lenkt, anstatt auf „hehre Ideale“ (S. 31/229).

Das Werk „Demokratie ohne Mehrheit?“ gewährt dem Leser einen kurzweiligen und erfrischend gelassenen Einblick in die deutsche und österreichische Demokratie- und Parteiengeschichte. Es bietet für Leser mit wenig Vorbildung in der Politikwissenschaft viele Denkanstöße und trägt zu einem pragmatischen Gegenentwurf zur „Kirre-Macherei“ (S. 24) in unserer „neuen Unübersichtlichkeit“ (S. 24) bei.

SIMON J. DERKUM,
HÜRTH



Rossol, Nadine / Ziemann, Benjamin (Hrsg.): **Aufbruch und Abgründe. Das Handbuch der Weimarer Republik.** Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2021, 992 Seiten, € 60,00.

Die erste (gesamt)deutsche Republik wurde am 9. November 1918 durch Philipp Scheidemann ausgerufen. Am 11. August 1919 erhielt sie ihre Verfassung. Nach dem Ort, an dem die Nationalversammlung, welche die Verfassung ausarbeitete, tagte, wird die Republik als „Weimarer Republik“ bezeichnet. Der Titel des nun erschienenen Handbuchs der Historiker Nadine Rossol und Benjamin Ziemann, die beide in Großbritannien lehren, gibt die Geschichte des ersten deutschen demokratischen Staates treffend wieder. In

vielelei Hinsicht gab es einen Aufbruch: Frauen erhielten das Wahlrecht; das Parlament wurde deutlich gestärkt; die Monarchie wurde abgeschafft; das Staatsoberhaupt vom Volk gewählt und der zweite Teil der Verfassung enthielt einen ausführlichen Katalog freiheitlicher und auch sozialer Grundrechte.

In Berlin und anderen Großstädten erblühte die Kulturszene. Das Kino wurde zum beliebten Freizeitvergnügen. Aber auch die technische Moderne setzte sich immer stärker durch. Geräte wie das Radio oder praktische Küchenhelfer waren immer mehr Menschen zugänglich. Doch gleichzeitig stand der Staat vor immensen Herausforderungen, die ihm das Kaiserreich hinterlassen hatte. Die Republik war ein Kind der Niederlage im Ersten Weltkrieg. Angeregt von den eigentlichen Mitverursachern der Niederlage, die Generäle Hindenburg und Ludendorff, wurde die Kriegsniederlage von vielen als Ergebnis eines schändlichen „Dolchstoßes“ vor allem linker Politiker in den Rücken des vermeintlich siegreichen Heeres aufgefasst. Rechte Kreise lehnten die Weimarer Republik daher ab und beschworen die angeblich glorreichen alten Zeiten bis 1918.

Ab 1930 entfaltete ihr Heros Hindenburg als Reichspräsident sein unheilvolles Wirken, indem er – zulasten der parlamentarischen Demokratie – Reichskabinette ohne Parlamentsmehrheit einsetzte und diese durch präsidiale Notverordnungen und durch vier Reichstagsauflösungen in drei Jahren zu unterstützen versuchte. Am Ende stand die verhängnisvolle Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler. Dessen NSDAP setzte sich im Lauf der 1920er-Jahre und in den völkischen Gruppen als tonangebend durch. Alle Rechtsextremisten hassten und be-

kämpften den neuen Staat mit Worten und mit Gewalt.

Von Linksaußen stellten sich die Kommunisten mit demselben Furor und ebenfalls gewaltsam gegen das von ihnen verhasste parlamentarische System. Die Herausforderungen führten die junge Republik immer wieder an Abgründe.

Die 32 Kapitel des Handbuchs, geschrieben von deutschen und ausländischen Autoren, vor allem aus der Geschichtswissenschaft (aus der Rechtswissenschaft ist leider niemand dabei), arbeiten die gerade skizzierten Herausforderungen und Entwicklungen umfassend heraus. Die Kapitel sind in fünf große Themenblöcke gegliedert und jedes Kapitel benennt weiterführende Literatur. Unter dem Titel „Perioden der Weimarer Republik“ wird die Geschichte der Jahre von 1918 bis 1933 in vier Kapiteln (S. 39-141) mustergültig aufbereitet. Sie können als Einführung, aber auch zur Wiederholung gelesen werden.

Den „Rahmenbedingungen der Politik“ widmet sich Teil II (S. 143-363). Hier stellt unter anderem Peter C. Caldwell die Weimarer Verfassung anhand heute üblicher Deutungsmuster vor, analysiert Thomas Mergel Wahlen und Wahlkämpfe und beschreibt Nadine Rossol die letztlich auf verlorenem Posten kämpfenden staats-treu-republikanischen Gruppen.

Zu Recht ein eigener, sehr interessanter Teil III ist den „Parteien und Parteienmilieus“ gewidmet (S. 365-486). Die Parteien waren in aller Regel noch klassische Weltanschauungsparteien, die eng an ein bestimmtes Sozialmilieu gebunden waren. Man denke nur an die katholische Welt, in der das Zentrum und die Bayerische Volkspartei wurzelten. Gerade das Zentrum, das ein weites politisches Spektrum abdeckte, war im katholischen

Raum eine Volkspartei. Leider wird diese von Shelley Baranowski in einem Kapitel mit Konservativen und radikalen Rechten behandelt (S. 417-440), die mit dem Zentrum zwar um bestimmte Wähler konkurrierten und denen es sich ab 1928 – wie die bürgerlich-liberalen Parteien DDP und DVP – inhaltlich annäherte, aber das Zentrum blieb dennoch staats-treu. Die Zustimmung seiner wie auch der bürgerlich-liberalen Abgeordneten zum Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 war dann allerdings ein Sündenfall. Dem Nationalsozialismus widmet sich der durch Studien zur SA hervorgetretene Daniel Siemens (S. 441-464).

„Gesellschaft und Wirtschaft“ ist Teil IV des Handbuchs überschrieben (S. 487-696). Viele Beiträge hier können als Ergänzung zu den Kapiteln zu den Sozialmilieus in Teil II gelesen werden, zum Beispiel, wenn es um die Industriearbeiterschaft oder die ländliche Bevölkerung geht. Den Abschluss bildet die „Kultur“ in Teil V (S. 697-875). Vorgestellt werden unter anderem die in den 1920er-Jahren ausgeprägten „Massenkulturen“ (Jochen Hung, S. 699-720), die deutsche Literatur der Weimarer Zeit (Helmut Kiesel, S. 722-748), die Konfessionspolitik (Todd H. Weir/Udi Greenberg, S. 774-800) und die Präsenz des Ersten Weltkriegs in der Weimarer Kunst (Claudia Sieberg, S. 848-875). Eine umfassende Bibliographie beschließt den gut bebilderten Band.

Lehrkräfte für Geschichte und Politik sowie Studenten dieser Fächer sollten sich den Band anschaffen. Aber auch wer sich in seiner Freizeit politisch und historisch interessiert, wird das Buch mit Gewinn zur Hand nehmen.

**PROF. DR. PHILIPP AUSTERMANN,
BRÜHL**



**Brauneis, Wolfgang /
Gross, Raphael (Hrsg.):
Die Liste der „Gott-
begnadeten“. Künstler des
Nationalsozialismus in der
Bundesrepublik. München:
Prestel-Verlag 2021,
216 Seiten, € 34,00.**

Beim vorliegenden Buch handelt es sich um einen rund 200 Seiten umfassenden Begleitband zur gleichnamigen Ausstellung im Deutschen Historischen Museum in Berlin im Jahr 2021. Diese wiederum war das ergänzende Gegenstück zur beinahe zeitgleich gezeigten Ausstellung „Documenta. Politik und Kunst“. Der Titel der hier zu besprechenden Publikation ist ein Versprechen, das eigentlich nicht eingelöst wird: Die vorgestellten Künstler waren Teil der sogenannten „Gottbegnadeten-Liste“, die im Spätsommer 1944 von Propagandaminister Goebbels zusammengestellt wurde. Sie enthielt die Namen von 378 Vertretern aller Sparten der Kulturproduktion – also Literatur, Bildende Kunst, Musik und Theater. Diese wurden wegen ihrer Bedeutung für den NS-Kulturbetrieb von Arbeitseinsatz und Wehrdienst befreit. Zusätzlich existierten noch weitere Listen mit Personen, die als „unabkömmlich“ (uk) eingestuft wurden. Die vorliegende Darstellung widmet sich jedoch ausschließlich Vertretern der bildenden Kunst der Goebbels-Liste und damit in doppelter Hinsicht nur einer Teilgruppe der ehemals als „gottbegnadet“ bezeichneten Personen.

Publikation und Ausstellung betreten insofern Neuland, als sie die fort-

dauernde Wirkung dieser Bildenden Künstler nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs thematisieren. Diese Beispiele verdeutlichen einmal mehr, dass es in kaum einem gesellschaftlichen Bereich im Übergang der NS-Zeit in die Anfangsjahre der Bundesrepublik eine „Stunde Null“ gegeben hat. Die hier vorgestellten Künstler, darunter Hitlers „Hofbildhauer“ Arno Breker oder der Oberbayer Joseph Wackerle, arrangierten sich in der Regel mit den veränderten Umständen und setzten ihre künstlerische Arbeit fort. Sie lehrten an Kunstakademien und erhielten Auszeichnungen und Förderungen. Ihren künstlerischen Stil mussten sie dabei nicht stark verändern. Zu den Strategien, um nach 1945 wieder in der Kunstszene Fuß zu fassen, zählten vielmehr etwa der Verzicht auf spezifische NS-Elemente oder ein „impertinent-selbstsicheres Auftreten“ wie bei Breker. Insbesondere aufgrund von staatlichen, kirchlichen und privaten Aufträgen zur Gestaltung des (halb-)öffentlichen Raums prägten sie auch nach dem Ende des Nationalsozialismus maßgeblich das ästhetische Empfinden der Zeit.

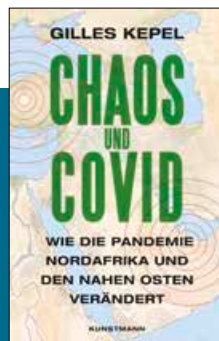
Ausstellung und Publikation des Deutschen Historischen Museums gehen auf die Forschung des Kunsthistorikers Wolfgang Brauneis zurück. Sein neunseitiger einführender Beitrag stellt hauptsächlich die grundsätzliche Konzeption von Ausstellung und Begleitband vor und formuliert viele Fragen, deren Beantwortung weiterer Forschung überlassen bleiben muss. Insofern ist es zu bedauern, dass sowohl Brauneis als auch der israelischen Historikerin Irith Dublon-Knebel nicht mehr Platz für ihre Beiträge eingeräumt wurde. Dublon-Knebel legt überzeugend dar, dass eine Definition der NS-Kunstwerke von den

1950er- bis 1990er-Jahren als „Nichtkunst“ – eine Voraussetzung für das weitere Wirken der Künstler – verharmlosend war: „Eine solche formale Analyse der im NS-Staat produzierten Werke ohne Berücksichtigung des sozialen, politischen und ideologischen Kontextes diene dem Anspruch der Künstler auf Unschuld und verzerrte die tatsächliche Rolle der NS-Kunst.“ Die Diskussionen über die Frage von Schuld und Verantwortung von Künstlern sind ungebrochen aktuell, wie etwa das Garmisch-Partenkirchner Beispiel und die Debatten um die angemessene Präsentation von Kunst und Lebensweg von Joseph Wackerle im Museum Werdenfels zeigen.

Keinesfalls möchte man auf die Illustrationen des Bandes verzichten, die buchstäblich die vielschichtigen Beziehungsgefüge veranschaulichen, in denen die Werke der ehemals „gottbegnadeten“ Künstler im (halb-)öffentlichen Raum zu sehen waren und sind. So zeigen historische Aufnahmen aus NS- und Nachkriegszeit das zeitgenössische Umfeld einzelner Plastiken und bildlicher Darstellungen. Vor allem aber erzeugen aktuelle, speziell für die Ausstellung angefertigte Fotos, die die Kunst in ihrem gegenwärtigen baulichen Umfeld zeigen, ein nicht zu verleugnendes Unbehagen angesichts der unkommentierten Präsentation von Kunst mit typischer NS-Allegorie im öffentlichen Raum. Einer Kunst, wohlgerichtet, mit einer unbedingt erzieherischen Funktion im Dritten Reich. Ein sehr gutes Beispiel ist hierfür die Bronzeplastik „Adlerhorst“, 1935 vom Bildhauer Max Esser als „Denkmal der nationalen Erhebung“ zur Erinnerung an den Machtantritt der Nationalsozialisten geschaffen. Heute steht sie unmittelbar neben einem Spielplatz in Berlin-Spandau.

Es ist in der Tat verstörend, wie die Werke dieser Künstler bis heute öffentliche Plätze und staatliche Gebäude prägen. Insbesondere Bayern bildet gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen einen geographischen Schwerpunkt, wie dies „Die Karte der ‚Gottbegnadeten‘“ veranschaulicht. Diese Zusammenstellung ist das umfangreichste Kapitel der sehr lesenswerten Publikation. Hoffentlich motiviert sie die Forschung zu weiteren einzel- und sammelbiographischen Studien über die Künstlergenerationen, deren Karrieren scheinbare Zäsuren überdauerten und deren Wirkung und Präsentation auch in der Gegenwart kritisch reflektiert werden muss.

DR. RUDOLF HIMPSL,
MÜNCHEN



Kepel, Gilles: Chaos und Covid. Wie die Pandemie Nordafrika und den Nahen Osten verändert. München: Antje Kunstmann-Verlag 2021, 334 Seiten, € 26,00.

Vor zwei Jahren erschien Gilles Kepels Buch „Chaos. Die Krisen in Nordafrika und im Nahen Osten“, eine brillante Darstellung der innerstaatlichen, regionalen und globalen Folgen des „Arabischen Frühlings“ von 2011 (siehe Politi-

sche Studien Nr. 489, S. 73 f.). In einem Folgeband beleuchtet der französische Soziologe und Arabist den Einfluss von Covid-19 auf die Entwicklungen in der Großregion. Der Titel ist freilich etwas missverständlich, denn die Folgen von Covid-19 nehmen nur einen vergleichsweise kleinen Teil des Buches ein. Kepel zeigt auf, wie die Pandemie die Schere zwischen Armen und Reichen weiter vergrößert, herrschenden Autokraten den Vorwand für neue Überwachungsinstrumente gibt sowie die Wut der Benachteiligten gegen ihre Regierungen anfacht. Zu den Verlierern zählen die Zivilgesellschaften, insbesondere die Mittelschicht, die eine Stütze für politische Reformen und wirtschaftliches Unternehmertum ist.

Insbesondere verweist Kepel auf das Zusammenspiel aus Pandemie und Ölpreissturz, das der Region in katastrophalem Ausmaß zusetzt. Der starke Rückgang der Erdöl- und Erdgasrenten schwäche bereits instabile Staaten zusätzlich und ermögliche es stärkeren Mächten, ihre Hegemonialbestrebungen auszuweiten. In diesem Zusammenhang ist allerdings anzumerken, dass der Ölpreis seit Mitte 2021 das Niveau von 2019 inzwischen wieder erreicht und sogar übertroffen hat. Mit dem Russland-Ukraine-Krieg schnell er nun weiter hoch.

Kepel zeigt auf, dass Regionalmächte wie Saudi-Arabien, die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) „militärische Provokation und ideologischen Überbietungswettbewerb“ anfachen und verweist auf die Bedeutung der sich intensivierenden politischen, ökonomischen, technologischen und militärischen Zusammenarbeit zwischen Israel, Ägypten, Saudi-Arabien und den VAE.

Die Türkei hat ihre militärische Provokations- und Interventionspolitik zwischen 2019 und 2021 intensiviert, ob im Östlichen Mittelmeer, in Libyen oder im Berg-Karabach-Konflikt. Zunehmend werde ihre Politik von einem islamistisch gefärbten „Eurasismus“ getragen. Die Umwidmung der 85 Jahre lang als Museum dienenden Istanbuler „Hagia Sophia“ in eine Moschee am 24. Juli 2020 soll den Anspruch des türkischen Islam auf Hegemonie in der sunnitischen Welt symbolisieren. Dieser Vorgang ist nicht nur eine innenpolitische Attacke gegen den Laizismus, sondern auch eine gezielte Provokation Saudi-Arabiens.

Dabei zeigt Kepel freilich auch Grenzen auf. So sei es offen, ob die Neuausrichtung des saudischen Systems glückt: eine liberalisierte „grüne“ Solar- und Wasserstoffökonomie mit hohen Auslandsinvestitionen und einheimischem Arbeiter- und Unternehmertum sowie mit gezähmtem Wahabismus. Dazu hat das Volk gewisse gesellschaftliche und kulturelle Freiheiten, aber wahrscheinlich einen geringeren Lebensstandard und wird weiterhin straff durch das Königshaus geführt. Die angeschlagene türkische Wirtschaft leidet zusätzlich unter den Folgen der Covid-19-Pandemie. Auf ein echtes Kräfteressen mit Europa kann sie sich nicht einlassen, da sie ökonomisch weit stärker von Europa abhängt als umgekehrt. In Syrien werden der Türkei immer wieder von Russland Grenzen aufgezeigt, im Libyen-Konflikt wenden sich die USA zunehmend Ägypten zu und marginalisieren die Türkei.

Russland wird durch die gegen den Iran, die Türkei und die Muslimbruderschaft gerichtete israelisch-arabische Achse zur Parteinahme gezwungen, was

seine bisherige Politik möglichst guter Beziehungen zu allen Staaten und Lagern erschwert. China bemüht sich nun in der Großregion um größeren politischen Einfluss. Mit seinem Projekt „Neue Seidenstraße“ präsentiert es sich als attraktiver Partner und strebt die Kontrolle über Häfen an. Im Fall des von US-Sanktionen bedrängten Irans sei es Peking geradezu gelungen, „Knebelverträge“ mit Teheran abzuschließen. Die Regierung von US-Präsident Joe Biden halte überwiegend an den Grundlinien seines Vorgängers fest, unterstützte beispielsweise die „Abraham-Abkommen“ arabischer Staaten mit Israel und die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem. Sie stelle den Nahen Osten in ihrer außenpolitischen Agenda zugunsten Chinas und Russlands zurück.

Der islamistische Terrorismus in Europa sei in eine neue, vierte Phase des „Stimmungsterrorismus“ eingetreten. Attentate folgen keiner hierarchischen Befehlskette, sondern werden durch gezielte Beiträge von „Wutunternehmern“ in den sozialen Netzwerken ausgelöst. Die „kulturell-religiöse Konditionierung“ arabisch-muslimischer Einwanderer schaffe bereits hinreichende Bedingungen und Modalitäten für Attentate.

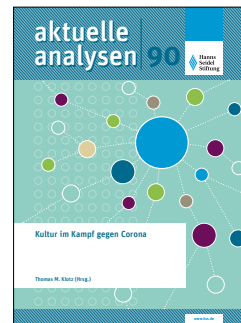
Erneut fesselt Kepel den Leser durch eine Vielzahl von Hintergrundinformationen und deren virtuose Einordnung in größere Zusammenhänge. Angefügt sind 16 farbige Schaubilder des Verfassers, die die großen Themen seines Buches anschaulich illustrieren.

DR. MARTIN PABST,
MÜNCHEN

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen/ bestellt werden:



AKTUELLE ANALYSEN 91
Die Zukunft der deutschen militärischen Luft- und Raumfahrt
 Herausforderungen und Handlungsoptionen



AKTUELLE ANALYSEN 90
Kultur im Kampf gegen Corona



ARGUMENTATION KOMPAKT 6/2021
Deutschland braucht ein Gesundheitsdatennutzungsgesetz!
 Für innovative und menschendienliche Forschung und Wissenschaft



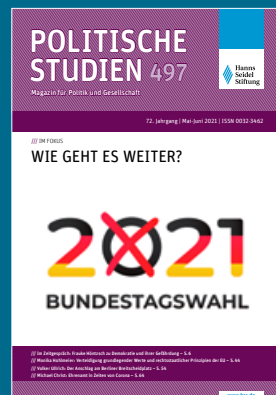
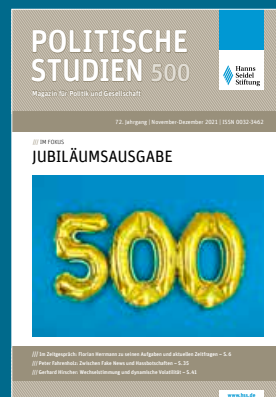
VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN

Nr. 503 „Lebensraum der Zukunft“ mit Beiträgen von Christian Bernreiter, Torsten Busacker und Werner Lang

POLITISCHE STUDIEN 6 X IM JAHR

Jetzt Jahresabo abschließen!



BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich kostenlos und versandkostenfrei:

Menge	Titel
	PS 501: Europas Zukunft mitgestalten
	PS 500: Jubiläumsausgabe
	PS 499: Nachhaltige Verantwortung weltweit
	PS 498: 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland
	PS 497: Bundestagswahl 2021
	PS 496: Ein Comeback für den Multilateralismus?

Ich möchte die „Politischen Studien“ (PS) im Abonnement.

Hanns-Seidel-Stiftung
Referat „Publikationen“
Lazarettstr. 33
80636 München

per Fax: +49 (0)89 12 58-469

Ihre Adresse bitte lesbar in Druckbuchstaben:

Institution

Vorname, Name

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail-Adresse
(falls Informationen per E-Mail erwünscht)

Telefon

Datum, Unterschrift

Herausgeber:

© 2022, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP
Generalsekretär: Oliver Jörg
Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeits-
arbeit: Susanne Hornberger (V.i.S.d.P.)

Redaktion:

Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

Graphik: trurnit GmbH | trurnit Publishers

Druck: Kern GmbH, Bexbach

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind.

Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:
iStock.com / Andrei Vasilev